DECOLONIZE BERLIN

Gesamtstädtisches Aufarbeitungskonzept der kolonialen Vergangenheit Berlins

Zwischenbericht 2020

Herzlichen Dank!

Dieser Zwischenbericht wäre ohne die Unterstützung zahlreicher Personen, Vereine und Institutionen nicht möglich gewesen. **Wir danken allen Teilnehmenden** unserer Veranstaltungen sowie allen Gesprächspartner*innen, die in den letzten 12 Monaten die Arbeit der Koordinierungsstelle zur Aufarbeitung Berlins kolonialer Vergangenheit mitgestaltet haben, sehr herzlich.

Insbesondere möchten wir uns beim **Vorstand und den Mitgliedsvereinen von Decolonize Berlin e.V.** sowie dem **Bündnis Decolonize Berlin** bedanken.

Besonderen Dank an alle Autor*innen des Zwischenberichts: **Adetoun und Michael Küppers-Adebisi (AFROTAK TV cyberNomads), Bebero Lehmann, Christian Kopp (Berlin Postkolonial e.V.), Lawrence Oduro-Sarpong (AfricAvenir e.V.), Lucía Muriel (Glokal e.V.), Rosa López und Alexander Kohrs (Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Kreuzberg – San Rafael del Sur e.V.), Sacks Stuurman und die Interviewpartner Israel Kaunatjike und Dr. Patrice Poutrus.**

Für die Förderung danken wir der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit.

1. Vorwort 04

2. Dekolonisierung als kontinuierliche, gesamtgesellschaftliche Aufgabe 06

2.1 Bildung und Wissenschaft 12

2.1.1 Nachhaltige Ungleichheit im Bildungssystem 14
Lucía Muriel, glokal e.V.

2.1.2 Über die Notwendigkeit eines dekolonialen Bildungsansatzes 17
Lawrence Nana Yaw Oduro-Sarpong, AfricAvenir e.V.

2.2 Kunst und Kultur 20

2.2.1 Zurückgeschaut: Schlaglichter auf 300 Jahre antikoloniale Widerstandskultur in Berlin 22
Christian Kopp, Berlin Postkolonial e.V.

2.2.2 AFROTAK TV cyberNomads – Perspektive Schwarzer Deutscher Kultur- und Medien-Aktivist*innen 26
Adetoun und Michael Küppers-Adebisi, AFROTAK TV cyberNomads

2.3 Erinnerung und Erzählung – Öffentlicher Raum und Stadtgesellschaft 30

2.3.1 Neue Erinnerungsorte im Öffentlichen Raum 32
Bebero Lehmann

2.3.2 „Aufarbeitung muss mit uns Betroffenen gemeinsam geschehen“ 36
Israel Kaunatjike

2.4 Internationale Zusammenarbeit 38

2.4.1 Im alten Geflecht der Apartheid: neue politische Situation – alte koloniale Beziehungen 40
Sacks Stuurman

2.4.2 Von der Soli-Arbeit über die Institution der Städtepartnerschaft zum Prozess der Dekolonisierung 43
Rosa López und Alexander Kohrs, VzF Städteparnerschaft Kreuzberg – San Rafael del Sur e.V.

3. Kolonialismus als Unrechtssystem 46
Interview mit Dr. Patrice Poutrus

4. Ausblick auf das Projektjahr 2021 49

5. Maßnahmenkatalog zum Mitnehmen 50

Open Space August 2020 Foto: ©Roy Wichert

Demo 2016 Foto: ©Tahir Della

M*straßenumbenennungsfest 2015 Foto: ©Thabo Thindi

Vorwort

Bis heute hat die deutsche Kolonialgeschichte Auswirkungen auf die Gesellschaft. Gerade in Berlin, der ehemaligen Kolonialmetropole, prägen koloniale Orte das Stadtbild – seien es Bauwerke, Straßennamen, Plätze und öffentliche Orte oder Sammlungen in Museen und öffentlichen Institutionen. Oftmals ehren sie das Andenken an *weiße*[1] einflussreiche Männer und ihre Sicht auf Geschichte; so wird eine selektive Erinnerungskultur am Leben gehalten, die koloniale Kontinuitäten nicht erkennt und den aktiven, beständigen Widerstand Schwarzer Menschen ignoriert. Dies möchten wir ändern.

In diesem Zwischenbericht fassen wir die ersten Ergebnisse des Beteiligungsprozesses für ein gesamtstädtisches Konzept zur Aufarbeitung Berlins kolonialer Vergangenheit zusammen. Die genannten Maßnahmen bauen auf den Erfahrungen und Forderungen der Betroffenen auf, die seit Jahrhunderten auf lokaler und globaler Ebene gegen Fremdherrschaft und Unterdrückung kämpfen.

Koloniale Kontinuitäten zeigen sich vor allem in institutionellem und strukturellem Rassismus, sozialer Ungleichheit und wirtschaftlicher Ausbeutung. Wie tief diese in der Gesellschaft verankert sind, zeigen wir in dieser Broschüre anhand von vier Teilbereichen: Bildung und Wissenschaft (S.12-19), Kunst und Kultur (S.20-29), Erinnerung und Stadtgesellschaft (S.30-37) sowie kommunale internationale Zusammenarbeit (S.38-45). Dabei zeigt sich, dass die Politik auf jeder Entscheidungsebene einen Beitrag dazu leisten kann, in kolonialer Tradition stehende Diskriminierungen zu beseitigen. Unser Maßnahmenkatalog umfasst daher sowohl die Bezirks- als auch die Landesebene.

Unser Maßnahmenkatalog umfasst sowohl die Bezirks- als auch die Landesebene

In den thematisch vertiefenden Kapiteln beleuchten die Autor*innen und Interviewpartner*innen Lawrence Oduro-Sarpong, Lucía Muriel, Christian Kopp, Adetoun und Michael Küppers-Adebisi, Bebero Lehmann, Israel Kaunatjike, Sacks Stuurman, Rosa López und Alexander Kohrs sowie Dr. Patrice Poutrus verschiedene Prozesse im Kontext der Dekolonisierung, wie die Überarbeitung von Lehrplänen, eine diskriminierungsfreie Erinnerungskultur oder den möglichen Umgang des Landes Berlin mit dem Völkermord an den OvaHerero und Nama.

Ein Ausblick auf die weitere Arbeit der Koordinierungsstelle für das Jahr 2021 erwartet Sie am Ende des Berichts.
Wir freuen uns auf den weiteren Austausch mit allen Beteiligten!

[1] *weiß* wird in diesem Zwischenbericht bewusst kursiv geschrieben, um deutlich zu machen, dass es sich um eine politische Beschreibung handelt und nicht auf die Farbe der Haut zurückzuführen ist.

M*straßenumbenennungsfest 2020 Foto: ©Thabo Thindi

Die vom Berliner Abgeordnetenhaus geschaffene Koordinierungsstelle für ein Gesamtstädtisches Konzept zur Aufarbeitung Berlins kolonialer Vergangenheit (Drucksache 18/1788) ist ein einzigartiges Projekt, welches bei Decolonize Berlin e.V. angesiedelt ist.

Decolonize Berlin e.V. ist aus einem zivilgesellschaftlichen Netzwerk von Schwarzen[2] und diasporischen Selbstorganisationen sowie postkolonialen und entwicklungspolitischen Gruppen entstanden, die als Bündnis in den vergangenen Jahren zahlreiche Aktivitäten zu Straßenumbenennungen, Restitutionen kolonialer Artefakte und der Anerkennung des Völkermords an den OvaHerero und Nama organisiert und durchgeführt haben.

Das Projekt hat ein Budget von 250.000 € pro Jahr und hat zunächst eine Laufzeit von zwei Jahren. Es wird gefördert durch die Senatsverwaltung Wirtschaft, Energie und Betriebe, Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit.

[2] Schwarz wird in diesem Kontext bewusst groß geschrieben, um zu verdeutlichen, dass es sich um ein konstruiertes Zuordnungsmuster handelt und keine reelle „Eigenschaft", die auf die Farbe der Haut zurückzuführen ist. So bedeutet Schwarz sein in diesem Kontext nicht nur, pauschal einer „ethnischen Gruppe" zugeordnet zu werden, sondern ist auch mit der Erfahrung verbunden, auf eine bestimmte Art und Weise wahrgenommen zu werden.

Dekolonisierung als kontinuierliche, gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Kolonialismus ist eine Form von Gewaltherrschaft und gekennzeichnet durch Entmenschlichung, gewaltsame Umstrukturierung aller Lebensbereiche und die Schaffung fundamentaler Asymmetrien.[1] Sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch das Land Berlin stehen erst am Anfang eines Prozesses zur Aufarbeitung dieses von ihnen begangenen, schweren historischen Unrechts.

Berlin kommt dabei eine besondere Rolle zu: Schon im 17. Jahrhundert spielte Berlin als Haupt- und Residenzstadt Brandenburgs von seinem Stützpunkt Groß Friedrichsburg im heutigen Ghana aus eine wichtige Rolle im transatlantischen Versklavungshandel. Als Hauptstadt des Deutschen Reiches und Veranstaltungsort der Berliner Afrika-Konferenz von 1884/85 stand die Stadt im Zentrum europäischer Großmachtträume. Infolge der Konferenz wurde das Deutsche Kaiserreich zur drittgrößten Kolonialmacht der Welt: Neben sogenannten „Schutzgebieten" in Afrika (Togo, Kamerun, Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika) eignete sich Deutschland Kolonialgebiete im Pazifik (Samoa sowie Deutsch-Neuguinea mit Mikronesien) und in China (Kiautschou/Tsingtao) an. Da die meisten Menschen kaum die heutigen Namen der Staaten nennen können, die von Deutschland kolonisiert wurden, möchten wir sie hier noch einmal aufzählen: Es sind Namibia, Togo, Kamerun, Ruanda, Burundi und Tansania, Samoa, Teile Papua-Neuguineas, Nauru, die Marshall-Inseln, Karolinen, Palau, Marianen sowie Qingdao.

Die Entscheidungen, die die europäischen Mächte in Berlin trafen, wirken sich auf dem gesamten Globus bis in die Gegenwart hinein aus. Heutige Nationalstaatsgrenzen basieren auf den damaligen kolonialen Machtansprüchen und führen regelmäßig zu Konflikten. Für den Großteil der Weltbevölkerung schränken Visapflichten die Bewegungsfreiheit ein, weil Nationalitäten ungleichwertig behandelt werden. Soziale und politische Grundrechte sind staatenlosen Menschen oder Menschen auf der Flucht oftmals verwehrt, weil sie an Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsrecht geknüpft sind. Im globalisierten Wirtschaftssystem profitieren die ehemaligen Kolonialmächte durch Handelsabkommen und Zollpolitik stark von Bodenschätzen und billiger Arbeitskraft der ehemaligen Kolonien – und sind nicht zuletzt Verursacher des Klimawandels, der wiederum in den ehemals kolonisierten Ländern die schwersten Schäden anrichtet.

Das Deutsche Kaiserreich war die drittgrößte Kolonialmacht der Welt

Noch immer befinden sich im Kolonialismus geraubte Kulturgüter im Besitz Berliner Museen und Sammlungen und werden entwendete Gebeine als Forschungsobjekte missbraucht. Und nicht zuletzt prägen rassistische Diskriminierungen den Alltag Schwarzer und migrantischer Menschen in Deutschland.

Auch in eine Stadt wie Berlin haben sich koloniale Muster eingeschrieben. Die Frage, wem Ehrungen mit Straßenbenennungen und Denkmälern zuteil werden, muss natürlich geklärt werden. Deshalb fragen wir auch: Wer hat Zugriff auf Wohnraum und Gesundheitsversorgung? Wer schafft den Sprung an die Berliner Universitäten? Wer wird an Schulen diskriminiert, wer fehlt in Berliner Bibliotheken? Wer wird auf der Straße wegen seiner Hautfarbe kontrolliert? Wer arbeitet gegen geringe Entlohnung in der Stadt, sichert den Bausektor und erledigt die Pflege- & Care-Arbeit? Und welche Kriterien setzt die Stadt Berlin bei Beschaffungen ein?

[1] Nach Fanon, Frantz: Die Verdammten der Erde.

Koloniale Kontinuitäten ziehen sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche – keiner ist von kolonialen Wirksamkeiten unberührt.

Koloniale Kontinuitäten ziehen sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche – keiner ist davon unberührt

Ein Konzept zur Aufarbeitung von Berlins kolonialer Vergangenheit muss die mittelbaren und unmittelbaren Folgen des europäischen „Kolonialprojektes" in der Stadt aufzeigen und Maßnahmen zum Aufbrechen dieser Kontinuitäten beinhalten. Zu diesem Ergebnis kam auch der UN-Menschenrechtsrat in einem 2017 veröffentlichten Bericht[2], der feststellte, dass hierzulande diskriminierende und rassistische Erfahrungen zum Alltag vieler Menschen gehören – auch aufgrund von institutionellem Rassismus. Die Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit wird explizit als ein wichtiges Instrument zur Sicherung der Rechte aller in Deutschland lebenden Menschen empfohlen.

Verantwortung für die koloniale Vergangenheit und ihre Verbrechen zu übernehmen, muss am Anfang eines jeden Konzepts stehen. Das zieht nicht nur die offizielle Anerkennung des Kolonialismus als Unrechtssystem nach sich, sondern erfordert auch eine formale Entschuldigung und die Anerkennung des Völkermords an den OvaHerero und Nama durch die Bundesregierung und den Bundestag. Nur so ist echte Versöhnung möglich. Auch wenn deutsche Politiker*innen und Vertreter*innen von Ministerien[3] bereits den Völkermord als solchen benannt und um Vergebung gebeten haben, ersetzen diese individuellen Gesten keine Entschuldigung durch den verantwortlichen Staat. Sima Luipert vom Verband der traditionellen Nama-Führer (NTLA) fasste in einem Interview mit der Deutschen Welle zusammen: „Wir schätzen die Tatsache, dass sie [Günther und Müller] sich persönlich entschuldigt haben. Aber egal, wie viele individuelle Entschuldigungen noch folgen werden – das wird keinen Unterschied machen, bis sich die Bundesregierung im Namen des gesamten deutschen Volkes entschuldigt hat" (Pelz 2019[4]).

Es ist sehr begrüßenswert, dass das Berliner Abgeordnetenhaus[5] bereits die Bundesregierung zu eben dieser Anerkennung aufforderte. Um zur Versöhnung beizutragen und die Solidarität mit betroffenen Gemeinschaften zu zeigen, sollte es eine formale Anerkennung des Völkermords und eine Entschuldigung durch das Land Berlin geben – in Anwesenheit von Vertreter*innen der OvaHerero und Nama und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen aus von Kolonialismus betroffenen Gemeinschaften. Dies wäre auch ein wichtiger Schritt für die Intensivierung der Städtepartnerschaft mit Windhoek.

Die Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus ist eine gesamtgesellschaftliche

[2] Report of the Working Group of Experts on People of African Descent on its mission to Germany 2017 (A/HRC736/60/add2)

[3] Während ihres Namibia-Besuchs 2004 nannte Heidemarie Wiezcorek-Zeul, BMZ-Ministerin, die Gräueltaten gegen die OvaHerero und Nama erstmals Völkermord und bat um Vergebung der Schuld. Ihr folgten zu unterschiedlichen Anlässen 2011 Cornelia Piper (Staatssekretärin des Auswärtigen Amts), 2017 Carsten Brosda (Hamburger Kultursenator), 2018 Dirk Behrendt (Berliner Justizsenator), 2019 Daniel Günther (Bundesratspräsident) und Gerd Müller (BMZ-Minister).

[4] Pelz, Daniel (2019, September 13): Völkermord. Namibia wartet weiter auf deutsche Entschuldigung. Deutsche Welle. Abgerufen 05.11.2020 https://tinyurl.com/y2ppz3ey

[5] Beschluss zur Schaffung der Koordinierungsstelle: https://www.parlament-berlin.de/ados/18/IIIPlen/vorgang/d18-1788.pdf

Aufgabe, die das Land Berlin allmählich in parlamentarische Prozesse und Verwaltungshandeln übersetzt. Im Rahmen der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015-2024) wurde ein konsultativer Prozess unter Leitung der Fachgruppe Diversifying Matters des Vereins Generation ADEFRA geführt, um Diskriminierungen von Menschen afrikanischer Herkunft zu erfassen, Zugangsbarrieren sichtbar zu machen und entsprechende Gegenmaßnahmen zu erarbeiten.

Die Benennung des Völkermords und die Bitte um Vergebung durch einzelne deutsche Politiker*innen ersetzen keine Entschuldigung durch den verantwortlichen Staat

Der Abschlussbericht nennt bereits Forderungen wie das Monitoring von Anti-Schwarzem Rassismus, einen Black Studies-Lehrstuhl sowie Maßnahmen gegen institutionellen Rassismus[6].

Wichtige Beiträge im Rahmen parlamentarischer Prozesse waren der Beschluss des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) und die Novelle des Partizipations- und Integrationsgesetzes unter Einbezug zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, die Straßenumbenennungen in Mitte und Neukölln, die Förderung dekolonialer Projekte in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und im Kulturbereich sowie die Diskussionen rund um das Humboldt-Forum und die sich anschließende Förderung der Provenienzforschung.

Das Ziel der Koordinierungsstelle ist es, gemeinsam mit Berliner Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung Maßnahmen zu formulieren, die die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Kolonialismus und dessen Auswirkungen insbesondere in Berlin vorantreiben. Folgende Kriterien sind dabei handlungsleitend:

- Maßnahmen werden in einem partizipativen Prozess mit der Zivilgesellschaft und insbesondere mit Schwarzen, afrodiasporisch und migrantischen Gruppen erarbeitet
- Maßnahmen werden im Bewusstsein eines bereits jahrelang andauernden antikolonialen Widerstands in den ehemaligen Kolonien und in Deutschland erarbeitet

Diesen Kriterien wurde in einem transparenten und offenen Partizipationsprozess entsprochen, in dem unterschiedlichen Stimmen und Positionen Raum gegeben wurde. Im Jahr 2020 haben verschiedene Veranstaltungsformate und Gesprächsrunden stattgefunden, und es wurden wissenschaftliche Gutachten in Auftrag gegeben.

Der Zwischenbericht fokussiert sich auf vier Kernbereiche und benennt erste Maßnahmen eines gesamtstädtischen Konzepts zu Berlins kolonialer Vergangenheit. Die Beiträge stammen von Vertreter*innen unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich seit Langem für eine dekoloniale und antirassistische Gesellschaft engagieren. In ihren Beschreibungen wird deutlich, dass Dekolonisierung als Querschnittsthema zu denken ist und eine kontinuierliche gesamtgesellschaftliche Aufgabe bleibt.

[6] Abschlussbericht des Berliner Konsultationsprozess „Sichtbarmachung der Diskriminierung und sozialen Resilienz von Menschen afrikanischer Herkunft", abrufbar unter https://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/rechtsextremismus-rassismus-antisemitismus/un-dekade-fuer-menschen-afrikanischer-herkunft/

Zeitstrahl 2020: Gesamtstädtisches Konzept zu Berlins kolonialer Vergangenheit

Foto: Creative Commons ©Arild Vågen

Foto: ©BER e.V.

Foto: ©Roy Wichert

August 2019

Das Berliner Abgeordnetenhaus beschließt die Entwicklung eines gesamtstädtischen Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzepts zur Geschichte und den Folgen des Kolonialismus in Berlin.
Die Koordinierungsstelle wird bei Decolonize Berlin e.V. angesiedelt.

Januar 2020

Auftaktveranstaltung mit Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung

Juni 2020

Strategietag

Insgesamt haben über 250 Personen aus 30 Vereinen, Einzelaktivist*innen und Vertreter*innen aus 5 Bezirken und 6 Senatsverwaltungen an den Veranstaltungen teilgenommen, die analog, digital oder hybrid stattgefunden haben.

Foto: ©Roy Wichert

Foto: ©Oliver Seifert

August 2020

zivilgesellschaftliches Open Space: Black Power. White Sharing. Was heißt Berlin gemeinsam dekolonisieren?

September 2020

Zukunftskonferenz mit Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung: Gemeinsam Berlin dekolonisieren.

Dezember 2020

Vorstellung des Zwischenberichts

Bildung und Wissenschaft

Bildung ist einer der zentralen Bereiche, die eine hohe Strahlkraft auf andere gesellschaftliche Kernbereiche haben. Schon im Kindergarten verinnerlichen Kinder dominante Perspektiven auf Gesellschaft, erleben Anpassungsdruck und rassistische Diskriminierung. Somit wird Kindern und Jugendlichen ihr Recht auf rassismus- und diskriminierungsfreie Bildung verwehrt – und Erzieher*innen und Lehrer*innen ihr Recht auf ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld.

Sowohl in der frühkindlichen Erziehung (über das Berliner Bildungsprogramm) als auch im schulischen Bildungssystem (durch Curricula) und an den Universitäten (durch gezielte Forschungsförderung) können auf Landesebene Maßnahmen ergriffen werden, um eine machtkritische (Aus-)Bildung zu stärken und Diversifizierungsprozesse in den unterschiedlichen Institutionen stärker voranzutreiben.

Aber auch im außerschulischen Bildungsbereich haben die Bezirke und das Land Berlin die Möglichkeit, bisher marginalisierte Erzählungen und Wissensschätze zugänglicher zu machen: sei es durch die Ausstattung der Bibliotheken (auf Bezirksebene), die Gestaltung des öffentlichen Raums (auf Bezirks- & Landesebene), die gezielte Förderung von machtkritischen Akteur*innen im Bildungsbereich (auf Bezirks- & Landesebene) oder im Bereich der Medien.

Lawrence Nana Yaw Oduro-Sarpong zeigt in seinem Beitrag eindrücklich, welche kolonialen Kontinuitäten derzeit das Bildungssystem prägen, und spricht sich für einen grundlegenden Perspektivwechsel aus. In ihrem Beitrag zu transformativer Bildung unterstreicht Lucía Muriel die Notwendigkeit, sich von hegemonialen Perspektiven zu verabschieden und unterschiedliche Positionierungen zu berücksichtigen.

Schon im Kindergarten verinnerlichen Kinder dominante Perspektiven auf Gesellschaft, erleben Anpassungsdruck und rassistische Diskriminierung

Forderungen & Maßnahmen: Bildung und Wissenschaft

- Schluss mit der Marginalisierung des Wissens ehemals kolonisierter Menschen
- Recht auf rassismus- und diskriminierungsfreie Bildung
- Machtkritische (Aus-)Bildung stärken
- Diversifizierungsprozesse in Institutionen stärker vorantreiben

Maßnahmen zu Bildung		Maßnahmen zu Wissenschaft
Überarbeitung von Rahmenlehrplan, Schulcurricula und Lehrmaterialien zur Kolonialgeschichte. Rassismus-sensible Überarbeitung des Berliner Bildungsprogramms	GEGENSEITIGE WECHSELWIRKUNG	Aufarbeitung der Kolonialgeschichte von Wissenschaftsinstitutionen sowie kolonialen Bezügen wissenschaftlicher Disziplinen
Gründung einer Akademie für Diversitätsbildung. Verpflichtende Module zu Diskriminierung, Rassismus und Postkolonialismus in Erzieher*innen- & Lehrer*innenausbildung	GEGENSEITIGE WECHSELWIRKUNG	Schaffung einer außeruniversitären Forschungseinrichtung zu Rassismus
Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle für diskriminierende Erfahrungen sowie rassistische Inhalte und stereotype Darstellungen, in Unterrichtsmaterialien & -büchern	GEGENSEITIGE WECHSELWIRKUNG	Lehrstuhl Black Studies Lehrangebote zu Black Studies & Postkolonialen Studien in anderen Studienzweigen
Diversifizierung von Fachkräften in Schlüsselpositionen über Mentoringprogramme Förderung rassismuskritischer Organisationsentwicklung für Schulen & außerschulische Bildungsträger	GEGENSEITIGE WECHSELWIRKUNG	Stärkung & Förderung von Demokratisierungsprozessen an Universitäten = mehr Mitbestimmung aller Statusgruppen
Mehr Schulkooperationen mit dem Globalen Süden	GEGENSEITIGE WECHSELWIRKUNG	Mehr Hochschulkooperationen mit dem Globalen Süden

Nachhaltige Ungleichheit im Bildungssystem

TEXT: LUCÍA MURIEL, GLOKAL E.V.

Die UN verurteilen jede Form des Kolonialismus und bezeichnen ihn als eine inhumane Trägodie[1], die verurteilt werden muss, wo und wann immer sie stattgefunden hat. In Deutschland wird Kolonialismus als eine akzeptable Perspektive auf die Welt verharmlost, in die sich Schüler*innen hineinversetzen sollen.

Ob in Angeboten der Zivilgesellschaft, in Förderanträgen oder in der Wissenschaft: Politische Bildungsarbeit mit ihren ideologischen Setzungen, ihrer Auswahl an Themen und zu vermittelnden Kernkompetenzen ist weiterhin als Produkt der *weißen*, bürgerlichen Mehrheitsgesellschaft erkennbar, die wiederum nur eine *weiße*, bürgerliche Mehrheitsgesellschaft als Zielgruppe mitdenkt. Durch Stereotypisierungen, Ausschlüsse und Diskriminierungen sowie eurozentrische Perspektiven auf Welt, Gesellschaft und Geschichte manifestieren sich so Ungleichheitsverhältnisse, sowohl global als auch in der deutschen Migrationsgesellschaft.

Die Defizite im Bildungssektor sind enorm: Es fehlt an Schwarzer, indigener und migrantisch-diasporischer Expertise. Menschen of Color und aus dem Globalen Süden kommen so gut wie nicht vor, und ihre Werke tauchen in Literaturhinweisen kaum auf. Werden Autor*innen des Südens vereinzelt dennoch als Quellen herangezogen, so werden sie häufig lediglich benutzt, um hegemoniale Positionen zu verstärken. Das Fehlen von kritischen dekolonialen Perspektiven und alternativen Konzepten in Schulbüchern verstärkt permanent den Eindruck, es gäbe nur das westliche, eurozentrische Leitbild. Die ausgewählten Bildungsinhalte vermitteln den Eindruck, die Gesellschaft in Deutschland sei vormals homogen *weiß*, christlich und gesund gewesen, und erst durch die Globalisierung der letzten Jahrzehnte seien heterogene Lebenswelten entstanden.

Es fehlt an Schwarzer, indigener und migrantisch-diasporischer Expertise

Neuerdings wird Bildung zu Dekolonialität und nachhaltiger Entwicklung pauschal als Globales Lernen behandelt. Von Anfang an waren dessen Konzepte umstritten und wurden von Wissenschaft, Politik und Praxis sowohl im Globalen Süden als auch im Globalen Norden kritisiert, da die Inhalte einer dominanten, hegemonialen Perspektive entstammen. So wird zwar im Fach Geschichte die Auseinandersetzung mit der Berliner Afrika-Konferenz von 1884/85 emp-

Berlin 30.05.2020 Foto: ©Oliver Feldhaus Bildnr.: 1968s umbruch-bildarchiv.org

fohlen, deren herausragende Bedeutung für die Gegenwart jedoch eher in Frage gestellt als betont. Dies wurde 2014 zum Beispiel bei der Diskussion um die Neufassung des Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung der Kultursministerkonferenz deutlich.

Die seit mehr als 500 Jahren betriebene Kolonisierung von weiten Teilen der Welt durch die *weißen* Europäer*innen und ihre gravierenden historischen wie aktuellen Auswirkungen bleiben nahezu vollständig ausgeklammert. Wird überhaupt darauf eingegangen, beschränkt sich das auf die Folgen für Afrika; andere kolonisierte Erdteile oder Europa selbst werden nicht in den Blick genommen. Auch die im Kolonialrassismus des 19. Jahrhunderts liegenden Wurzeln der europäischen Entwicklungspolitik werden nicht thematisiert. Ebenso wenig der kontinuierliche Widerstand der Kolonisierten. Denn in keinem einzigen Land der Kontinente des Südens wurden die kolonialen Realitäten widerspruchslos hingenommen! Um gegen Ausbeutung zu kämpfen, auf die Reproduktion von Rassismus hinzuweisen und um Diskriminierungen entgegenzuwirken, gab und gibt es ungebrochen bis heute gewaltfreien, zivilen Ungehorsam. Ohne friedlichen Widerstand wären weder die Erfolge der versklavten Frauen in Brasilien, die mit den Quilombos ihre selbstbestimmten Lebensräume schufen, noch die amerikanische Bürgerrechtsbewegung mit Ikonen wie Rosa Parks oder Martin Luther King denkbar gewesen.

Koloniale Logik im heutigen Bildungskanon wird auch deutlich, wenn soziale Grundkompetenzen als Vorbedingung für „nachhaltige Entwicklung“ bezeichnet werden – ohne anzuerkennen, dass eben diese Kompetenzen jahrhundertelang zur Einteilung der Welt in

„zivilisiert“ und „primitiv“ dienten und zentral für die Ausbeutung und Zerstörung der kolonisierten Länder waren. Wie ein historischer roter Faden zieht sich die Aufrechterhaltung des Machtgefälles durch von *weiß* zu Schwarz, von Volk zu Stamm, vom Norden zum Süden, von deutsch zu nichtdeutsch, von Bürger*innen zu Migrant*innen, von Leitkultur zu Fremdkultur. In allen Konstellationen dominieren (Denk-)Strukturen von Überlegenheit, Ausgrenzung, Klassifizierung und Zuschreibung, der Definition von unten und oben, innen und außen, richtig und falsch sowie wichtig und nicht wichtig.

In keinem einzigen Land der Kontinente des Südens wurden die kolonialen Realitäten widerspruchslos hingenommen

Politische Bildungsarbeit muss die Geschichten von Versklavung, kolonialer Gewalt, Rassismus und wirtschaftlicher Ausbeutung ebenso wie die von Selbstbehauptung und Widerstand aufgreifen, und sie muss dazu ermutigen, auch die deutsche Kolonialgeschichte als etwas zu verstehen, das unmittelbar die Gegenwart betrifft. Nur so kann globalhistorisches Verantwortungsbewusstsein entwickelt werden, aus dem heraus im Sinne einer „Restorative Justice“, einer wiedergutmachenden Gerechtigkeit, gehandelt werden kann.

Will eine transformative Bildungsarbeit zur Verringerung von Ungleichheit beitragen, muss sie sich von ihrer hegemonialen Perspektive verabschieden. Die Kernkompetenzen müssen so formuliert werden, dass sie nicht zu Herrschaftskompetenzen werden, sondern unterschiedliche Positionierungen berücksichtigen. Und dazu forschen Schwarze, Indigene und Wissenschaftler*innen of Color in aller Welt im Rahmen einer dekolonialen, machtkritischen Bildungsarbeit und mit einem antirassistischen und emanzipatorischen Anspruch seit mindestens zwei Jahrhunderten.

Seit Jahrzehnten greift die globale macht- und rassismuskritische Community dabei auf moderne, empowernde, analytisch profunde, dekolonial-feministische Theorie- und Forschungsansätze zurück, um auf die großen Themen wie Migration, Klimakrise, Bürger*innenrechte, antirassistischer Widerstand usw. strategische Antworten zu finden. Diese Antworten müssen sich in unserem Bildungssystem endlich wiederfinden.

Über die Notwendigkeit eines dekolonialen Bildungsansatzes

TEXT: LAWRENCE NANA YAW ODURO-SARPONG, AFRICAVENIR E.V.

Die Kolonialisierung bleibt bis heute im Bewusstsein vieler deutscher Staatsbürger*innen eine Randerscheinung, obwohl Deutschland eine besondere Verantwortung auf sich geladen hat. Es geschah in Berlin, dass auf Einladung von Reichskanzler Bismarck 14 Weltmächte auf der Kongokonferenz von November 1884 bis Februar 1885 Handelsrechte klärten und über die Aufteilung des afrikanischen Kontinents verhandelten.

Unabhängig vom Bildungsgrad wissen viele Deutsche viel zu wenig über Deutschlands koloniale Bestrebungen im 19. Jahrhundert und deren Folgen für den Alltag heute. Viele können nicht ein einziges deutsches Kolonialgebiet benennen und sind sehr überrascht zu erfahren, dass kein Völkermord im 20. Jahrhundert ohne deutsche Beteiligung geschah. Den ersten Völkermord begingen die Deutschen 1904–1908 eigenverantwortlich an den OvaHerero und Nama im heutigen Namibia. Der zweite Völkermord wurde 1914–1917 während des 1. Weltkrieges vom osmanischen Reich mit deutscher Beteiligung an den Armenier*innen verübt. Der dritte Völkermord war der der Deutschen an den europäischen Juden und Jüdinnen 1941–1945 während des 2. Weltkrieges. Obwohl es ohne Zweifel Verbindungen und eindeutige Kontinuitäten – auch personeller Art – zwischen dem ersten Völkermord und dem Holocaust des 20. Jahrhunderts gibt, werden diese im Bildungssystem stets verdrängt.

> Die meisten Deutschen wissen viel zu wenig über Deutschlands koloniale Bestrebungen und deren Folgen für den Alltag heute

Bei einer genaueren Betrachtung der Ereignisse verwundert es sehr, wie selektiv die deutsche Nation mit ihrer Geschichte umgeht: so hat der Bundestag zwar das Verbrechen gegen die OvaHerero und Nama als Völkermord anerkannt, verweigert den Nachkommen der Opfer jedoch bis heute den berechtigten Anspruch auf Entschädigung.

Auch die Tatsache, dass es bis Anfang des 20. Jahrhunderts Menschenzoos (Völkerschauen) gab, in denen Menschen aus den Kolonien nach Deutschland geholt und zur Schau gestellt wurden, bleibt im gesamten Bildungssystem weitestgehend unerwähnt.

Durch die Völkerschauen sollte die vermeintliche Unterlegenheit der Menschen aus den

Kolonien – und damit automatisch die vermeintliche Überlegenheit der *weißen* Europäer*innen – bewiesen werden. Diese Entwicklung beweist am offensichtlichsten, wie sich Rassismus in den europäischen Gesellschaften verbreiten und zur Normalität werden konnte. Vor diesem Hintergrund ist es leicht zu verstehen, warum sich viele *weiße* Menschen heute noch schwer tun, ihre nicht-*weißen* Mitmenschen als gleichberechtigt zu betrachten und zu behandeln.

Die politischen Unabhängigkeiten der afrikanischen Staaten Mitte des 20. Jahrhunderts waren keine Akte der Gnade seitens der europäischen Kolonialmächte.

Vielmehr waren sie das Ergebnis vieler Widerstandsbewegungen in den Kolonien. Dabei waren es vor allem Weltkriegs-Veteranen, die die Unabhängigkeitsbewegungen mit Unterstützung lokaler Politiker*innen initiiert und vorangetrieben haben. Während des 2. Weltkrieges wurden in den Kolonien Soldaten durch die Kolonialmächte rekrutiert, um gegen die Wehrmacht zu kämpfen.

Ohne den Einsatz dieser Kolonialsoldaten wäre ein Sieg gegen die Deutschen ausgeschlossen gewesen. Das Elsass in Frankreich wurde fast ausschließlich von Soldaten aus Westafrika befreit. Auch die Kriegserfolge von Großbritannien waren nur deswegen möglich, weil über eine Million Soldaten aus Indien sowie einige Hunderttausend aus anderen britischen Kolonien wie Nigeria, Goldküste (dem heutigen Ghana) oder Trinidad & Tobago großenteils zwangsrekrutiert und an der Front in den Schlachten gegen die Wehrmacht eingesetzt wurden. Nachdem diese Kolonialsoldaten heldenhaft einen zentralen Beitrag zur Befreiung Europas von den Nazis geleistet hatten, wurden sie teilweise verstümmelt nach Hause geschickt, ohne Sold und jegliche Form von Anerkennung und Entschädigung. Frankreich wagte es sogar, in der Nacht zum 1. Dezember 1944 zahlreiche protestierende westafrikanische Kriegsveteranen in Dakar-Senegal zu erschießen[1].

Nach Ende des 2. Weltkrieges entstanden die Unabhängigkeitsbewegungen, oftmals mit ebensolchen Veteranen an der Spitze. Genau wie zu Zeiten der Versklavung gab es viele Revolten.

Straßen, die nach Kolonialverbrechern benannt sind oder koloniale Bezüge haben, sollten konsequent umbenannt werden

Die Unruhen weiteten sich Mitte der 1950er Jahre so sehr aus, dass einige Kolonialmächte befürchteten, die Kontrolle komplett zu verlieren. Aufgrund dieser Entwicklungen fingen sie in einigen Kolonien damit an, mit den Kräften der Unabhängigkeitsbewegungen vor Ort zu verhandeln. Anderswo wurden deren Mitglieder verfolgt und ermordet. 1957 lenkte Großbritannien ein und entließ am 6. März Ghana (ehemals Goldküste) als erstes Land in Sub-Sahara Afrika in die politische Unabhängigkeit. Andere Kolonialmächte folgten diesem Vorstoß, und im Jahr 1960 wurden 17 Nationen in Afrika politisch unabhängig.

Nach den politischen Selbstständigkeiten der afrikanischen Staaten fing der Kampf um wirtschaftliche Unabhängigkeit an. Gleichzeitig wurde schnell klar, dass ein neues Nationalbewusstsein und eine neue afrikanische Identität geschaffen werden mussten, wie Ghanas erster Präsident Osagyefo Dr. Kwame Nkrumah bei seiner Unabhängigkeitsrede verkündete. Dr. Nkrumah warnte auch vor einer größeren Gefahr, einer neuen Form der Kolonialisierung, nämlich dem Neokolonialismus. Es sollten Wege gefunden werden, sich kulturell und wirtschaftlich unabhängig zu machen, um nicht Gefahr zu laufen, die kolonialen Strukturen weiter zu tragen. Stattdessen sollten eigenständige Ziele und

[1] Thiaroye Massaker

Entwicklungen bestimmt und verfolgt werden. In diesem Zusammenhang wurde die Idee des Pan-Afrikanismus, die letztendlich in einer politischen und wirtschaftlichen Union aller afrikanischen Staaten münden sollte, geboren.

Fakten wie diese gehören in die Geschichtsbücher und in die Lehrpläne. Nach jahrzehntelanger kolonialer Amnesie hat die Bundesregierung in dem aktuellen Koalitionsvertrag von 2018 festgehalten, dass die Erinnerung an die Verbrechen während der Kolonialzeit Teil der deutschen Gedenkkultur werden soll – wie bereits die Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft oder der SED-Diktatur. Dies ist eine willkommene Entwicklung. Nun wird geschaut was es bedarf, um diesem Anspruch gerecht zu werden.

In erster Linie muss der deutsche Kolonialismus als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt werden. Im zweiten Schritt müssen die kolonialen Kontinuitäten, die unsere Gegenwart prägen, identifiziert und als solche anerkannt werden. Im dritten Schritt muss die Entscheidung getroffen werden, die entmenschlichenden, ausbeuterischen und ausgrenzenden kolonialen Strukturen in allen Lebensbereichen nicht weiter fortzusetzen. Dies vorausgesetzt werden wir nicht darum herumkommen neue Bildungsinhalte zu entwickeln, die die Beiträge der Menschen aus dem globalen Süden zur heutigen Kultur, zur Wissenschaft und zur menschlichen Zivilisation widerspiegeln.

Zum Beispiel die Kouroukan Fouga, die Verfassung des alten malischen Reichs aus dem 13. Jahrhundert, auch Manden-Charta genannt. Sie ist die älteste Erklärung grundlegender Menschenrechte der Welt. Ebenso erwähnenswert ist die haitianische Revolution, die zur Verfassung von 1801 führte, welche die Gleichwertigkeit aller Menschen unabhängig von der Hautfarbe festschrieb.

Ganz konkret muss es eine ehrliche Auseinandersetzung mit den kolonialen Bezügen von sprachlichen Begriffen geben; diese müssen gegebenenfalls aus dem Wortschatz gestrichen werden.

Der deutsche Kolonialismus muss als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt werden

Es muss eine offene und ehrliche Auseinandersetzung über den Umgang mit Kunst- und Kulturgütern, die im Zuge der Kolonialisierung nach Deutschland verschleppt wurden, stattfinden. Straßen, die nach Kolonialverbrechern benannt sind oder koloniale Bezüge haben, sollten konsequent umbenannt werden. Globales Lernen ist inzwischen etabliert in den Schulen, was eine gute Entwicklung ist.

Die Lehrpläne aller Schulformen sollten durch Inhalte aus den Perspektiven des globalen Südens ausgeweitet werden und die vielen Auslassungen nachholen, die zu einer Ignoranz über die Wirklichkeiten der gemeinsamen Geschichte geführt haben. Der Staat sollte Organisationen, insbesondere migrantisch-diasporische Organisationen und Verbände, die politische Bildungsarbeit leisten, strukturell fördern, um den Dekolonisierungsprozess voranzutreiben.

Dekolonisierung ist eine schmerzhafte Arbeit, denn sie wühlt auf und bringt negative Emotionen hervor. Aber um einen nachhaltigen Frieden auf dem Planeten erreichen zu können, ist diese Arbeit unerlässlich. Anderenfalls werden alle Begegnungen zwischen *weißen* und ihren nicht-*weißen* Mitmenschen von kolonialen Gespenstern, die befriedet werden wollen, begleitet und belastet.

Der Prozess ist unangenehm und schmerzlich, aber es lohnt sich ihn anzugehen und die Ergebnisse werden mit Sicherheit heilend und versöhnend sein. Damit eine Welt, in der alle Menschen wahrhaftig gleichwertig sind, erreicht werden kann.

Kunst und Kultur

„Viel zu häufig herrscht aber noch der Geist der Kolonialzeit vor: Wir besitzen – wir bestimmen! Ein Wandel ist nur schrittweise spürbar. Erst wenn ein echter partnerschaftlicher Dialog beginnt, der die selbstbestimmte kulturelle Identität des Partners voll akzeptiert, der nicht nur Lippenbekenntnis ist, sondern durch Aktionen wie die Rückgabe von Kulturgütern bekräftigt wird, besteht Hoffnung, dass auch in diesem Bereich koloniale Vergangenheit und mit ihr der Raub der kulturellen Identität wiedergutgemacht wird. Verweigerung der Rückgabe ist weiterhin Raub der kulturellen Identität."

Herbert Ganslmayr (1984)[1]

Die Diskussion um Restitutionen zwischen Zivilgesellschaft und Kulturinstitutionen ist nicht neu, wie das Zitat von Herbert Ganslmayr, ehemaliger Direktor des Bremer Überseemuseums, zeigt. Trotzdem stehen Dekolonisierungsprozesse im Kulturbereich – trotz verschiedener bereits durchgeführter Projekte – erst noch am Anfang.

Daher fordern wir, dass Dekolonisierungsprozesse vom Land Berlin stärker vorangetrieben werden, zum Beispiel durch die aktive Unterstützung von Rückführungen und Restitutionen von kolonialen Raubgütern und die Einbeziehung und Stärkung von afrodiasporischen, Schwarzen und afrikanischen Akteur*innen auf allen Ebenen des Kulturbereichs.

In dem Text „Zurückgeschaut – Schlaglichter auf 300 Jahre antikoloniale Widerstandskultur in Berlin" wirft Christian Kopp einen Blick auf den antikolonialen Widerstand im Kulturbereich und beleuchtet unterschiedliche Ansatzpunkte für widerständige Kulturarbeit, gerade auch mit Bezug auf Erinnerungskultur und öffentlichen Raum.

Adetoun und Michael Küppers-Adebisi von AFROTAK TV cyberNomads teilen ihre Perspektive als Schwarze Deutsche Kultur- und Medien-Aktivist*innen und zeigen Barrieren wie #Aneignung, #Doppelbelastung und #Exklusion auf. Am Beispiel der eigenen Arbeiten zeigen sie, wie widerständige Kulturinstitutionen in den öffentlichen Raum hinein wirken.

[1] Ganslmayr, Herbert/ Paczensky, Gert v. (1984): Die geraubte Kultur. In: Manfred O. Hinz/ Helgard Patemann/ Arnim Meier (Hrsg.): Weiss auf Schwarz. 100 Jahre Einmischung in Afrika. Deutscher Kolonialismus und afrikanischer Widerstand. Berlin: Elefanten-Press, S. 175-177.

Forderungen & Maßnahmen: Kunst und Kultur

- **Dekolonisierungsprozesse stärker vorantreiben**
- **Rückführung von kolonialen Raubgütern**
- **Einbeziehung und Stärkung afrodiasporischer, Schwarzer und afrikanischer Akteur*innen**

1. Eigentumsrechtliche Übertragung und Angebot einer Rückführung aller Ahnen, Kultur- und Naturgüter aus kolonialen Gebieten

2. Förderbedingungen für Kulturprojekte im kolonialen Kontext anpassen (Hauptkriterium sollte Umsetzung mit betroffenen Communities der ehemaligen Kolonien sein)

3. Aufbau eines Netzwerkes von öffentlichen Institutionen, die dekolonial arbeiten (Wissenstransfer)

4. Öffnung von Entscheidungsgremien, Institutionen und Auswahlkommissionen für afrodiasporische, Schwarze und afrikanische Akteur*innen. Transparente Entscheidungsprozesse schaffen

Zurückgeschaut: Schlaglichter auf 300 Jahre antikoloniale Widerstandskultur in Berlin

TEXT: CHRISTIAN KOPP, BERLIN POSTKOLONIAL E.V.

Die ideelle und materielle Kulturgeschichte Berlins ist von der Kolonialgeschichte maßgeblich geprägt. Bis heute ist Kolonialrassismus ein fester Bestandteil der Stadtkultur, sei es in Museen und Archiven, in Theatern und Opernhäusern oder in der Alltagskultur.

So alt wie Berlins kolonialrassistische Kulturgeschichte ist jedoch auch die mit der Stadt verbundene Geschichte kultureller Selbstbehauptung gegenüber diskriminierenden Fremdzuschreibungen und des kreativen Widerstands gegen die Dominanzkultur. So geht beispielsweise das von den Nachfahren westafrikanischer Versklavter auf den Bahamas gefeierte große *Junkanoo Festival* wahrscheinlich auf ein Fest zu Ehren des legendären Ahanta-Herrschers Nana Konneh (auch Jan Conny) zurück, der 1716 die von Berlin aus errichtete und verwaltete (Sklaven-) Handelsfestung Groß Friedrichsburg im heutigen Ghana unter seine Kontrolle bringen und jahrelang gegen niederländische Angreifer behaupten konnte.

Aber auch für die Zeit der Kolonialherrschaft des Deutschen Kaiserreichs lassen sich zahlreiche Beispiele für kulturellen Widerstand finden. So wehrten sich auf der *Ersten Deutschen Kolonialausstellung* 1896 im Treptower Park mehrere ostafrikanische Frauen erfolgreich gegen ihre fotografische Ablichtung durch Berliner Anthropologen. Die getaufte Herero-Frau Martha Kamatoto weigerte sich, die Tracht nicht missionierter OvaHerero anzulegen, und der Kameruner Kwelle Ndumbe alias Bismarck Bell besorgte sich gar ein Opernglas, mit dem er das gaffende Berliner Publikum nun seinerseits inspizierte.

Besonders aktiv wurden die von Kolonialrassismus betroffenen Berliner*innen in der Zeit der Weimarer Republik. Im Sommer 1919 richtete eine Gruppe von 18 Afrikanern und Afrodeutschen um den aus Kamerun stammenden Martin Quane a Dibobe eine Petition an das

Kolonialministerium und die Weimarer Nationalversammlung und forderte für die Kolonisierten nicht nur „Selbstständigkeit und Gleichberechtigung“, sondern auch die Bewahrung ihrer „Sitten und Gebräuche“. Im Frühjahr 1920 protestierte der *Verein der Chinesischen Studenten in Berlin* erfolgreich gegen die diskriminierende Darstellung von Chines*innen im Monumental-Stummfilm „Die Herrin der Welt“. 1930 inszenierte Ludwig M’bebe Mpessa alias Louis Brody mit 38 Schwarzen Kolleg*innen in Kliems Festsälen in Neukölln ein kolonialkritisches Theaterstück mit dem Titel, „Sonnenaufgang im Morgenland“.

Nach der fast vollständigen Auslöschung der Schwarzen Community Berlins während des Nationalsozialismus kam es erst wieder in den 1980er-Jahren zu einem merklichen Wiederaufleben kolonialismuskritischer Aktivitäten im Kulturbereich. Angeregt durch die in Berlin lebende Schwarze Künstlerin und Aktivistin Audre Lorde erschien 1986 das bahnbrechende Buch „Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte“, das die Gründung der *Initiative Schwarze Menschen* in *Deutschland ISD-Bund und von ADEFRA – Schwarze Frauen in Deutschland* maßgeblich inspirierte.

Audre Lorde und May Ayim auf dem Winterfeldmarkt 1990 Foto: ©Dagmar Schultz

Selbst während der NS-Herrschaft leisteten Kolonialmigrant*innen und ihre Nachfahr*innen kreativen Widerstand gegen ihre Vereinnahmung und Kontrolle durch das Terrorregime. In der von Berlin aus initiierten, staatlich und rassepolitisch streng reglementierten *Deutschen Afrika-Schau* (1935–1940), die unter anderem für die Rückgewinnung der ehemaligen Kolonien werben sollte, begrüßten die nun zumeist zu Staatenlosen erklärten Schwarzen Mitglieder das Publikum demonstrativ mit „Landsleute, deutsche Volksgenossen“. Ihre einstudierten „afrikanischen“ Tänze verglichen sie mit dem bayerischen Schuhplatteln.

Etwa zur selben Zeit organisierten afrikanische Migrant*innen Gedenkveranstaltungen zum 100. Jahrestag der Berliner Afrika-Konferenz 1884/85. Auch in den Berliner Festspielen wurde diese von der *neuen Gesellschaft für bildende Kunst* (nGbK) unter dem Titel „Afrika – 100 Jahre Einmischung“ kritisch thematisiert. Unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung erfolgte die Umbenennung des Ostberliner U-Bahnhofs Otto-Grotewohl-Straße in U-Bahnhof M*straße, gegen den die Afrodeutsche Künstlerin und Aktivistin May Ayim mit dem performativen Verspeisen eines weißen Schaumkusses protestierte.

Zu den 100. Jahrestagen des deutschen Genozids an den OvaHerero und Nama sowie des Maji-Maji-Krieges in Südtansania 2004–2008 wurden von mehreren Bündnissen und Institutionen erinnerungskulturelle Veranstaltungen und beeindruckend inszenierte Gedenkmärsche organisiert. Der Verein *Afrika-Forum* ermöglichte – am Ort der Berliner Afrika-Konferenz in der Wilhelmstraße – die Aufstellung der ersten kolonialismuskritischen Gedenk- und Informationstafel in Berlin.

Gedenktafel May-Ayim-Ufer
Foto: Creative Commons ©OTFW

Zur selben Zeit gründete sich das *Komitee für ein afrikanisches Denkmal in Berlin* (KaDiB), das unter Leitung des Aktivisten Moctar Kamara von dort aus jährlich einen Gedenkmarsch zur Erinnerung an die afrikanischen Opfer von Kolonialismus, Versklavung und Rassismus durchführt. Das *Haus der Kulturen der Welt* zeigte 2004 über zwei Monate hinweg das große Programm „Der Black Atlantic", das von Paul Gilroy, Tina Campt und Fatima El-Tayeb kuratiert wurde und zahlreiche kritische Exkursionen in Berlins Kolonialgeschichte unternahm.

An die historische Verantwortung Berlins als Kolonialmetropole wurde auch 2009/10 durch das breit aufgestellte Kampagnenbündnis 125 Jahre Berliner *Afrika-Konferenz – erinnern, aufarbeiten,* wiedergutmachen appelliert. Nach jahrelangem Engagement Schwarzer, afrikanischer und solidarischer Initiativen kam es zum Abschluss des dreimonatigen Programms zur ersten und noch immer einzigen dekolonialen Straßenumbenennung in Berlin: Statt des Kolonialoffiziers von der Gröben wurde in Kreuzberg die früh verstorbene May Ayim geehrt. Zur selben Zeit wurde die Regierung Namibias von kritischen Aktivist*innen wie dem Berliner Herero Israel Kaunatjike über das Vorhandensein zahlreicher Gebeine von Opfern des Völkermords an den OvaHerero und Nama 1904–1908 in deutschen Museums- und Universitätssammlungen informiert.

Hundertrausende Exponate der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und der Berliner Museen kommen aus ehemaligen Kolonien

Als es 2011 in der Charité zu einer ersten Rückgabe von Ahnen kam, protestierten Schwarze und afrikanische Aktivist*innen des Bündnisses „Völkermord verjährt nicht!" lautstark und wirkungsvoll dagegen, dass sich die Bundesregierung selbst im Angesicht der Opfer nicht zu einer Entschuldigung durchringen konnte. 2012 riefen Adetoun und Michael Küppers-Adebisi von *AFROTAK TV cyberNomads* die „Black Berlin Biennale" ins Leben.

Im Jahr darauf startete ein Bündnis verschiedener Initiativen die Kampagne „No Humboldt 21!", die seit dem Tag der Grundsteinlegung für das *Humboldt Forum im Berliner Schloss* ein Moratorium fordert und vor Baubeginn eine breite öffentliche Diskussion über die Kolonialität dieses nationalen Prestigeprojekts und auch der *Stiftung Preußischer Kulturbesitz* (SPK) insgesamt einforderte. Mit Hinweis auf die fragwürdigen Umstände des Erwerbs vieler Objekte lehnen

die Aktivist*innen deren Zurschaustellung im imperialen Berliner Schloss grundsätzlich ab. Sie machten zudem publik, dass in den Depots der SPK zahlreiche geraubte Objekte und menschliche Gebeine aus allen ehemaligen deutschen Kolonien zu finden sind.

Allein die SPK nennt eine halbe Million Kulturobjekte aus aller Welt ihr Eigen. Die größte Zahl kommt dabei aus den von Deutschland annektierten Gebieten in Afrika und Ozeanien, von wo aus jeweils 30.000 Exponate nach Berlin verschifft wurden. Die Zahl der Naturobjekte im *Museum für Naturkunde sowie im Botanischen Garten und Botanischen Museum* in Berlin geht sogar in die Millionen, und auch diese Häuser geben an, dass sie „einen erheblichen Anteil" davon während der Zeit des deutschen Kolonialismus „erworben" haben.

Im Depot der SPK in Friedrichshagen werden zudem bis heute die ca. 5.300 Individuen umfassende Sammlung des Königlichen Museums für Völkerkunde sowie die im Besitz der privaten *Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte* (BGAEU) befindliche Rudolf-Virchow-Sammlung mit ca. 3.500 Ahnen aufbewahrt. Bislang sind nur wenige hundert Vorfahren repatriiert worden, und das auch nur, wenn Herkunftsstaaten aktiv Rückgabeforderungen gestellt haben.

Wie sehr den staatstragenden geschichtspolitischen Einrichtungen auch in der heutigen Zeit noch am Ausschluss der von Kolonialrassismus Betroffenen gelegen ist, wurde vor allem 2014–2016 deutlich, als sich das *Deutsche Historische Museum* (DHM) bewusst gegen deren maßgebliche Beteiligung an der Konzeption, Organisation und Eröffnung der großen Sonderausstellung „Deutscher Kolonialismus – Fragmente seiner Geschichte und Gegenwart" entschied. Zudem lehnte das DHM ab, den angereisten Paramount Chief der OvaHerero bei der Vernissage der Ausstellung ein Grußwort sprechen zu lassen. Wie schon beim Richtfest für das Humboldt-Forum im Jahr 2015 feierte sich das *weiße* Kulturestablishment selbst, während die Nachfahren Kolonisierter protestierten: draußen vor der Tür.

Für einen anderen Weg entschied sich das Bezirksmuseum Treptow, das die *Initiative Schwarze Menschen in Deutschland* und *Berlin Postkolonial* 2015 dazu einlud, gemeinsam die erste staatliche Dauerausstellung Berlins zu einem kolonialgeschichtlichen Thema zu erarbeiten.

Beim Richtfest für das Humboldt-Forum feierte sich das *weiße* Kulturestablishment, während die Nachfahren Kolonisierter protestierten: draußen vor der Tür

Die große Resonanz der 2017 eröffneten Ausstellung „ZurückGESCHAUT" trug maßgeblich dazu bei, dass die beteiligten Vereine und Each One Teach One e.V. von der Senatsverwaltung für Kultur und Europa sowie der *Kulturstiftung des Bundes* dazu eingeladen wurden, mit dem Stadtmuseum Berlin das auf fünf Jahre angelegte Kulturprojekt „Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt" zu konzipieren. Das bislang umfassendste Kulturprojekt zum Thema mit seinen Räumen am Ort der historischen Berliner Afrika-Konferenz in der Wilhelmstraße hat 2020 begonnen.

Ebenfalls im Jahr 2020 haben afrikanische Expert*innen auf der internationalen Museumskonferenz „Beyond Collecting" in Dar es Salaam unter Teilnahme von Aktivist*innen aus Berlin einmütig gefordert, dass alle Ahnen in ihre Herkunftsgesellschaften zurückgeführt und alle von Kolonialmächten angeeigneten Kultur- und Naturobjekte eigentumsrechtlich sowie bei Bedarf auch physisch rückübertragen werden sollen. Für die in Berlin und Europa verbleibenden Objekte fielen dann die üblichen Leihgebühren an.

AFROTAK TV cyberNomads – Perspektive Schwarzer Deutscher Kultur- und Medien-Aktivist*innen

TEXT: ADETOUN UND MICHAEL KÜPPERS-ADEBISI, AFROTAK TV CYBERNOMADS

Paradigmenwechsel – Ja, es gibt gute Zeichen für individuelle Fortschritte – doch noch immer gibt es keine ausreichende Präsenz von Schwarzen Menschen, People of African Descent (PAD) oder People of Color (POC) in den entscheidenden Positionen der staatlich finanzierten Institutionen oder der „unabhängig" finanzierten, freien Einrichtungen. Personalpolitik im Kulturbereich, das heißt bislang vor allem, bei der Stellenbesetzung im Sinne von #Diversität weiße Hierarchien zu unterbrechen. Viel notwendiger ist aber eine strategische Besetzung mit Menschen, die in der Lage sind, die historischen Narrative der POC/PAD-Communities und ihrer Verortung in den Entwicklungen des urbanen Berlins sichtbar zu machen und hier einen Wissenstransfer in die Institutionen hinein zu leisten. Was es in Deutschland braucht ist eine thematische Inventarisierung und Kontextualisierung des Wirkens Schwarzer Personen und Schwarzer Kultur. Ansonsten wird ein wichtiger Teil von Neokolonialität wiederholt: die Unsichtbarmachung von Schwarzen Positionen und Geschichte.

> Deutschland braucht eine thematische Inventarisierung und Kontextualisierung des Wirkens Schwarzer Personen und Schwarzer Kultur

Kultureller Aktivismus ist wichtiger Teil dieser Geschichte, und seit 30 Jahren arbeiten *AFROTAK TV cyberNomads* und die in diesem Archiv aufgegangenen Vorläufer an dem afrofuturistischen Archiv (Encyclopedica Africana Germanica).

Appropriation, also #Aneignung bedeutet hier, dass Expertise zur Bekämpfung von Rassismus von Schwarzen Communities erarbeitet und weitergegeben wird, weiße #Diversitäts-#Expert*innen damit ausgebildet werden, und die dann die bezahlten Stellen besetzen. So wie

ehemals Kontinente durch Christoph Columbus entdeckt und durch Alexander von Humboldt erforscht wurden, verlängert sich endlos der Arm der Macht – es werden stetig neue Schichten von Diversität entdeckt, aber die Betroffenen #dienen, aller Expertise zum Trotz, nur als Feigenblatt für *weiße* Strukturen.

Doppelbelastung – Die Black Communities müssen täglich gegen die strukturellen Nachteile im Alltag ankämpfen (#Exklusionen und #Barrieren am #Wohnungsmarkt, #Arbeitsmarkt, #Bildungsmarkt und in der #Erinnerungskultur, das alles gepaart mit #RacialProfiling) und trotzdem ökonomisch überleben. On Top sollen die #Schwarzen Communities kontinuierlich den *weißen* Communities nachweisen, dass *weiße* Communities tatsächlich privilegiert sind und die damit verbundenen, unterschwelligen #ästhetischen und #epistemologischen #Rassismen wirklich existieren. Und das, ohne jemals für diese unsichtbar gemachte, systemrelevante Arbeit entlohnt zu werden. Die Plantage lebt.

***Weiße* Strukturen und ihre Leerstellen**
Dienen Künstler*innen sich selbst oder den Gesellschaften, denen sie zugeordnet werden? Was bedeutet in diesem Zusammenhang Diaspora? Und gab es jemals so etwas wie #SchwarzeKunst? #AfrikanischeKunst? Ist diese Kunst Teil eines Wandels? Diese Fragen können durch *weiße* Strukturen nur ungenügend beantwortet werden. Die #historischen Vorgänge der Rückgabe von Schädeln durch die Charité nach Namibia wurden zum Beispiel von der #BerlinBiennale 2012 nicht thematisiert – auch in deren aktivistisch ausgerichteten Diskursrunden mit ihren Forderungen nach Integration aktivistischer Themen in die Kunst nicht. Trotz Interventionen von *AFROTAK TV cyberNomads*, die #AntiSchwarzenRassismus vor Ort thematisierten, waren dekoloniale Perspektiven auch 2016 nicht präsent genug. 2018 berief die #BerlinBiennale erstmals eine afrikanische Kuratorin. Nachhaltig ist das aber erst dann, wenn dies keine Ausnahme bleibt.

Unterstützung bestehender Community-Kultur der Diaspora statt Neu-Erfindung

***Black Berlin Biennale* for Contemporary Art and Decolonial Discourse als Intervention im öffentlichen Raum zur Generierung von Sichtbarkeit** Schwarze Projekte können selbst bei ähnlichen Themenschwerpunkten andere Perspektiven einbringen als *weiße* Netzwerke. Daher haben *AFROTAK TV cyberNomads* 2012 die #Schwarze #Biennale initiiert. Mit dem Format einer dekolonialen *#BlackBerlinBiennale for Contemporary Art and Decolonial Discourse* haben wir den Mangel an #SchwarzenPositionen in Kunst und Kultur zum Thema gemacht. In einem Großraumzelt starteten wir während des 1. #KENAKO #Afrikafestival auf dem Alexanderplatz eine eigene Traditionslinie von #NetzwerkenderPraxis.
Von Anfang an hat die #BlackBerlinBiennale den Dialog mit der institutionell und durch öffentliche Fördergelder abgesicherten #BerlinBiennale gesucht. Der Titel der 1. Black Berlin Biennale dokumentierte dies und erweiterte gleichzeitig den Themenkanon programmatisch von Fear auf: „FORGET FEAR – VÖLKERMORD VERJÄHRT NICHT“.

Seit der BBB 2.0 im Jahre 2016 arbeiten wir auch mit großformatigen Interventionen in den öffentlichen Raum Berlins an der Fassadengalerie des selbstverwalteten Kunsthaus KuLe. Lange grübelten wir über den Inhalt und entschieden uns dann für eine Überhöhung und Zentralsetzung des #KopfesdesAncestors, den wir bereits für die Kampagne #NoAmnestyOnGenocide zum visuellen Erkennungszeichen der Kampagne entwickelt hatten. Wir organisierten die Finanzierung eines 12x10 Meter großen

Fassadenposters, das überdimensioniert einen der Human Remains zeigte, die 2011 aus der anthropologischen Sammlung der Charité an die Namibianer*innen zurückgegeben wurden. Ein weiteres Fassadenplakat in Kreuzberg setzte sich mit dem Feuertod von Oury Jalloh im Dessauer Polizeiarrest 2005 auseinander. In direkter Sichtweite zu den Afrikaner*innen am U-Bahnhof #GörlitzerPark konzipierten wir das Plakat als visuellen Kommentar zu den urbanen Aushandlungen um erhöhte #Polizeipräsenz und #RacialProfiling im und um den Park herum. 2018 und 2020 konnten wir mit XXXL-Plakaten drei Berliner Stadtteile und Hausfassaden bespielen und damit auch lokale Themen kommentieren.

Wissenstransport zwischen den Schwarzen Communities in Deutschland und Nigeria

Bereits 2004 wurde im Rahmen des Black Media Congress Berlin der May Ayim Award als deutsches UNESCO-Projekt zur Erinnerung an den Ver_Sklavungshandel und seine Abschaffung die #BLACKGERMANIA ausgelobt. Seit 2016 ist die BBB offizielles Event der #UNDekade für #PeopleofAfricanDescent (#PAD).

Schwarzen Projekten transnationale Zusammenarbeit ermöglichen

2019/20 haben *AFROTAK TV cyberNomads* mit dem NAT-Projekt (*Nigeria Awareness Truck*) transnationale Zusammenarbeit erfolgreich realisiert. Ein Medienbus diente dazu, Wissen zwischen den Schwarzen Communities in Deutschland und Nigeria zu transportieren. Um solche Ansätze weiterhin realisieren zu können, müssen die Förderbedingungen angepasst werden. Warum sollen nur *weiße*, deutsche Projekte mit afrikanischen Projekten zusammenarbeiten? Warum sollen nur individuelle Schwarze Menschen, deren Zugriff auf kollektives Wissen begrenzt ist, mit Schwarzen Communities in Afrika zusammenarbeiten?

Ebenso wie in der Entwicklungszusammenarbeit müssen wir uns in der Kulturarbeit von Konzepten trennen, die Schwarz und *weiß* nach Nationen trennen. Anti-Schwarzes Denken ist länderübergreifend und muss durch Allianzen überwunden werden, die auf die vereinten Strategien in beiden Kontinenten zurückgreifen. Der Lead muss in beiden Fällen aus Schwarzen Strukturen wachsen. Die Reichweite unserer #Interventionen zu neokolonialer #Enteignung, #Gewalt und #Tod bezogen von 2012 - 2020 mit einer vielschichtigen Kontextualisierung auch lokale, antikoloniale #Gegenwartskämpfe von #PeopleofAfricanDescent in die #visuellenNarrative mit ein.

Entwicklung einer ästhetischen und visuell ausgerichteten Grammatik

Trotz ihrer ernsten Inhalte war die 1. #BlackBerlinBiennale 2012 mehr Punk, Street Culture, Intervention und DADA-Statement als Kunstbiennale. Sie war der Probeballon für das seither Zwei-Jährlich realisierte, regelmäßige Event. Und sie half in der Entwicklung einer eigenen radikal-dekolonialen, ästhetischen und visuell ausgerichteten Grammatik.

Berlin Global Village – ein Ort dekolonialer Diskurse und Erinnerungskultur

Das *Eine-Welt-Zentrum* in Neukölln will den dekolonialen Prozess durch Einbeziehung der Perspektive der Zivilgesellschaft befördern. Durch Kunst im öffentlichen Raum sollen Debatten um den historischen Zusammenhang von brandenburgischem Versklavungshandel, Kolonialismus und Entwicklungszusammenarbeit angeregt und vertieft werden. Neukölln ist als künstlerisch-kulturelles Zentrum bekannt, und im *Eine-Welt-Zentrum* sitzen schon jetzt wichtige Schwarze Akteure, unter anderem der Afrika-Rat Berlin-Brandenburg und *AFROTAK TV*

cyberNomads, die die Debatte maßgeblich mitprägen werden. Zudem wird ein Trägerkreis für ein dekoloniales Denkzeichen für die Opfer von Kolonialismus und Ver_Sklavung gebildet, dem die wichtigen dekolonialen Akteure der Berliner Zivilgesellschaft angehören werden.

Im Kontext der aktuellen #UN-Dekade for People of African Descent (2015–2024) soll das Denkzeichen Erinnerungskultur dezentral und offen in den bereits divers geprägten Neuköllner Kiez getragen werden und ihn mitformen.

Warum sollen nur *weiße*, deutsche Projekte mit afrikanischen Projekten zusammenarbeiten? Warum sollen nur individuelle Schwarze Menschen, deren Zugriff auf kollektives Wissen begrenzt ist, mit Schwarzen Communities in Afrika zusammenarbeiten? Es braucht eine Anpassung der Förderbedingungen

© AFROTAK TV cyberNomads

Erinnerung und Erzählung – Öffentlicher Raum und Stadtgesellschaft

Der öffentliche Raum spiegelt sowohl die städtische Erinnerungskultur als auch ein Gesellschaftsbild wider – denn er wird gestaltet und genutzt, ist Produkt von politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen.

Im Stadtraum wird erinnert, gedacht und geehrt – in Form von klassischen Denkmälern, Gedenksteinen, Tafeln, Plaketten und Skulpturen, aber ebenso mit der Errichtung und Benennung von Straßen, Plätzen, Brücken, Gebäuden und Räumen in öffentlichen Bauten. Sie alle reflektieren und informieren über die Entwicklung der Gedenk- und Erinnerungskultur einer (Stadt) gesellschaft und sind ein Erbe, das weder die Verwaltungen noch die politischen Entscheidungsgremien einfach ausschlagen können: öffentlicher Raum wird permanent geformt. Und durch Veränderungen im Stadtraum können – für alle sichtbar – Transformationsprozesse umgesetzt werden.

Gerade im Kontext der deutschen Kolonialvergangenheit gibt es im öffentlichen Raum erste zaghafte Veränderungen, um die Perspektive auf diesen Teil der deutschen Geschichte zu ändern. Denn viele Orte sind nach Kolonialverbrechern benannt oder stehen in direktem Bezug zum deutschen Kolonialismus. Doch noch immer sind im Jahr 2018 beschlossene Straßenumbenennungen nicht umgesetzt. Im Kontext der aktuellen Black Lives Matter-Proteste hat die Debatte um Denkmäler und Straßennamen neuen Aufwind bekommen, und ein weiteres Mal wurde aufgezeigt, wo im öffentlichen Raum Berlins rassistische und koloniale Bilder reproduziert werden und welche Ausschlussmechanismen dadurch entstehen.[1]

Noch auffallender ist jedoch eine Leerstelle: das fehlende Gedenken an Schwarze deutsche Geschichte, an die Widerstandskämpfe von Afrikaner*innen und an den Beitrag der von Rassismus betroffenen Communities zu dieser Gesellschaft. Gerade die Perspektiven der ehemals Kolonisierten sollten in der Erinnerungskultur und somit auch im öffentlichen Raum verankert sein.

Wir möchten Berlin als Erinnerungsraum verstehen, in dem sich – ähnlich anderen Gedenkkonzepten – dezentrale und zentrale Erinnerungsorte die Hand reichen und Dokumentation, Information und Gedenken möglich sind. Diese Forderungen werden seit vielen Jahrzehnten von den unterschiedlichsten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gestellt. Jetzt geht es um die Umsetzung eines zentralen Denkmals für die Opfer von Versklavungshandel und deutschem Kolonialismus. Und es geht um die Entwicklung eines Konzepts, das in der ganzen Stadt Anknüpfungspunkte zu diesem Teil der deutschen Geschichte bietet und die Perspektive von Betroffenen zeigt. Für die konkrete Ausgestaltung müssen sowohl Schwarze Communities in Berlin als auch in den ehemaligen deutschen Kolonien einbezogen werden.

Bebero Lehmann präsentiert einen Überblick über die afro-deutsche Geschichte und den permanenten Kampf um Emanzipation seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Herero-Aktivist Israel Kaunatjike erklärt in einem kurzen Interview, was Dekolonisierung für ihn bedeutet und fragt sich wie es sein kann, dass Kolonialverbrecher in Berlin immer noch geehrt werden.

[1] Deutschlandweite Sammlung kolonialer Orte im öffentlichen Raum: https://www.tearthisdown.com/de/

Forderungen & Maßnahmen: Erinnerung und Erzählung – Öffentlicher Raum und Stadtgesellschaft

- **Perspektive der ehemals Kolonisierten in Erinnerungskultur verankern**
- **Antikolonialen Widerstand darstellen**
- **Politische Teilhabe aller Menschen ermöglichen**

1. Erinnerungsraum Berlin: Schaffung dezentraler und zentraler Lern- & Erinnerungsorte zur deutschen Kolonialgeschichte

2. Zentrum für Aufarbeitung und Erforschung des Kolonialismus errichten, insbesondere zur Aufarbeitung der Geschichte aller Berliner Institutionen

3. Dekolonisierung des öffentlichen Raums.
Auf Bezirksebene: Umbenennung von Straßennamen und Plätzen, die den Kolonialismus verherrlichen.
Begleitende Kommentierung von Denkmälern und Orten mit kolonialem Bezug

4. Dekolonisierung des öffentlichen Lebens.
Weitere Maßnahmen gegen strukturelle und institutionelle Diskriminierung (LADG, Neutralitätsgesetz), städtisches Leben für alle gesellschaftlichen Gruppen ermöglichen, Recht auf Asyl stärken und dezentrale Unterbringung für Geflüchtete schaffen

Neue Erinnerungsorte im öffentlichen Raum

TEXT: BEBERO LEHMANN

Straßennamen, Denkmäler, historische Bauten – in Berlin finden sich, wie in jeder anderen Stadt in Deutschland auch, zahlreiche koloniale Spuren im öffentlichen Raum. Viele Menschen erkennen jedoch nicht den Bezug dieser Orte zum Kolonialismus, die nahezu ausschließlich die Perspektive der Kolonisierenden einnehmen.

Wenn heute stellenweise diese Geschichten im öffentlichen Raum sichtbar werden, ist es dem ausdauernden Bemühen postkolonialer und afrodiasporischer Initiativen zu verdanken. Mit kolonialkritischen Rundgängen machen sie den öffentlichen Raum als Lern- und Erinnerungsort erlebbar, eröffnen Perspektivwechsel auf die eigene Geschichte und verinnerlichte Geschichtsbilder und fordern die Beteiligung an der Gestaltung des öffentlichen Raums ein. Straßenumbenennungen und Gedenktafeln – und damit die Schaffung neuer Erinnerungsorte – sind weitere wichtige Instrumente, um die Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialvergangenheit im öffentlichen Raum zu fördern und Dekolonisierungsprozesse in unseren Köpfen anzustoßen.

In Berlin wurde jetzt im Jahr 2020 endlich die Umbenennung der M*straße in Anton-Wilhelm-Amo-Straße beschlossen, nachdem die *Initiative Schwarze Menschen* in Deutschland (ISD), der Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag und Berlin Postkolonial seit 2014 alljährlich am 23. August, dem Internationalen Tag zur Erinnerung an den Versklavungshandel und an seine Abschaffung, das Umbenennungsfest für die M*straße organisierten. Fortan wird mit dem Straßennamen nicht länger ein rassistischer Begriff verharmlost, sondern an den ersten Schwarzen Rechtsgelehrten und Philosophen Anton Wilhelm Amo erinnert, der im 18. Jahrhundert an den preußischen Universitäten Halle und Wittenberg gelehrt hat.

> Viele Menschen erkennen nicht die zahlreichen kolonialen Spuren im öffentlichen Raum, die meist die Perspektive der Kolonisierenden zeigen

Zuvor waren bereits nach jahrelangem dekolonialen Engagement durch den *Afrika-Rat Berlin Brandenburg* und das *Bündnis Decolonize Berlin* im Jahr 2018 die Umbenennungen des Nachtigalplatzes (Manga-Bell-Platz), der Lüderitzstraße (Cornelius-Fredericks-Straße) und der Petersallee (Anna-Mungunda-Allee und Maji-Maji-Allee) zu Ehren weiterer widerständiger Akteur*innen afrikanischer Herkunft beschlossen worden. Noch im Jahr 2020 soll auch die Wissmannstraße in Berlin-Neukölln umbenannt werden und künftig an Lucy Lameck, die erste

Frau im tansanischen Regierungskabinett und eine wichtige Unterstützerin der panafrikanischen Idee, erinnern. Die Straßenschilder wurden jedoch noch nicht ausgetauscht.

In der Kuglerstraße 44 im Prenzlauer Berg erinnert seit 2016 eine Gedenktafel an den einstigen Bewohner und Kolonialmigranten Martin Dibobe. Der reichte im Juni 1919 eine Eingabe an die Nationalversammlung in Weimar ein, die als Dibobe-Petition bekannt wurde. Darin verlangte er, gemeinsam mit 17 anderen einstigen Kolonialmigranten, „da wir Deutsche sind, eine Gleichstellung mit denselben, denn im öffentlichen Verkehr werden wir stets als Ausländer bezeichnet. Dieses muß von der jetzigen Regierung durch öffentliche Bekanntmachung beseitigt

Martin Dibobe
Foto: ©Archiv der Berliner Verkehrsbetriebe

werden."[1] Der Zeitpunkt der Eingabe, während der laufenden Friedensverhandlungen nach dem 1. Weltkrieg, war strategisch günstig: Deutschland hoffte noch darauf, weiterhin Kolonialmacht bleiben zu dürfen und bat die einstigen Kolonialmigranten um Fürsprache gegenüber den Siegermächten. Diese knüpften ihre Zustimmung zu einem Verbleib ihrer Herkunftsländer

In Berlin wurde endlich die Umbenennung der M*straße in Anton-Wilhelm-Amo-Straße beschlossen

unter deutscher Herrschaft daraufhin an eine Gleichstellung von Afrikaner*innen sowohl in den Kolonialgebieten als auch in Deutschland. Sie forderten gleiche Gesetze für alle, die Abschaffung von Prügelstrafe und Zwangsarbeit, Lohngleichheit, Zugang zu Bildung sowie eine ständige Vertretung in Reichstag oder Nationalversammlung. Ihre Forderungen blieben letztlich unerhört, und Deutschland verlor seine Kolonialgebiete. Doch die politische Selbstorganisation von Afrikaner*innen in der Weimarer Republik ging weiter, wurde in ihrer antikolonialen Ausrichtung radikaler und trug auch zum Erstarken der panafrikanischen Bewegung bei, die schließlich die Dekolonisierung der afrikanischen Staaten erreichte.

Schwarze Deutsche Geschichte zwischen zwei Weltkriegen

Es gibt also einige wenige Blitzlichter auf die Schwarze Deutsche Geschichte. Doch warum ist die Geschichte der Schwarzen Opfer des Nationalsozialismus bis heute kaum aufgearbeitet? Warum wissen wir nicht, wie viele von ihnen in Konzentrationslagern interniert und ermordet wurden? Wer stolpert über den Stein in Gedenken an Mahjub Bin Adam Mohamed, der nach Deutschland kam, um seinen ausstehenden Sold aus dem Ersten Weltkrieg einzufordern und der in Sachsenhausen interniert wurde? Wo erfahren wir vom Afrikanischen Hilfsverein, der der erste panafrikanisch ausgerichtete Verein war und 1918 von Schwarzen Menschen aus allen Teilen Deutschlands gegründet wurde, um sich unter den Bedingungen des damaligen strukturellen

[1] Bundesarchiv Berlin: BLB R 1001/7220, Bl. 233

[2] Der Afrikanische Hilfsverein e.V. war eine Zentralstelle für alle in Deutschland lebenden Afrikaner*innen und unterstützte im Umgang mit Behörden, Arbeitgebern oder Vermietern. Des Weiteren diente der Verein als Nachrichtenstelle für Angehörige in afrikanischen Ländern.

Rassismus als Kollektiv gegenseitig bei Alltagsproblemen[2] zu unterstützen und gemeinsame Bewältigungsstrategien zu finden? Wer kennt die öffentliche Kritik am deutschen Kolonialismus, die erst der Sprachdozent und Aktivist Mdachi bin Sharifu und später der kamerunischen Aktivist Joseph Bilé in der Weimarer Republik in öffentlichen Reden zum Ausdruck brachten?

In der Weimarer Republik gab es eine erste Schwarze Bewegung, erwachsen aus einer sichtbaren und gut vernetzten afro-deutschen Community.

Warum ist die Geschichte der Schwarzen Opfer des Nationalsozialismus bis heute kaum aufgearbeitet?

Getragen wurde diese Community von einstigen Kolonialmigrant*innen, aber auch von Afro-Amerikaner*innen, Menschen aus dem afro-karibischen Raum und aus anderen Teilen Afrikas. Diese Gemeinschaft wurde nach 1919 besonders wichtig. Hatte bis dahin Rassismus als elementarer Bestandteil und Legitimationsgrundlage der Kolonialherrschaft bereits die Lebensbedingungen Schwarzer Menschen in Deutschland schwer belastet, so verschärften sich nach dem Verlust der Kolonien offen rassistische Anfeindungen und Diskriminierungen erheblich. Viele verloren ihre Arbeit, und es gab für sie kaum noch Möglichkeiten ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Der rechtliche Status der einstigen Kolonialmigrant*innen verschlechterte sich zudem dramatisch. In ihren Pass wurde der Vermerk „ehemaliger Schutzgebietsangehöriger“ oder „ehemaliger Schutzbefohlener“ gestempelt, und sie wurden damit praktisch staatenlos. Theoretisch sollten sie Angehörige der neuen Kolonialmächte Großbritannien oder Frankreich werden und in ihre Herkunftsregionen zurückkehren. Doch viele blieben trotz prekärer Lage und mangelnder Perspektive in der Weimarer Republik. Manche konnten die Rückreise

Theodor Michael Foto: imago-images

nicht finanzieren. Vielen wurde von den neuen Kolonialmächte aber auch die Einreise verwehrt, weil pro-deutsche Propaganda befürchtet wurde oder sie ihre *weißen* deutschen Frauen und die gemeinsamen Kinder mitnehmen wollten.

Die NS-Zeit markierte einen Bruch in der Geschichte der Selbstorganisation Schwarzer Menschen in Deutschland, denn die einzige Überlebensstrategie im nationalsozialistischen Deutschland war die des „Nichtauffallens“, wie es der NS-Überlebende Theodor Wonja Michael, dessen Vater einst aus Kamerun ins Kaiserreich kam, in seiner Autobiographie „Deutsch sein und schwarz dazu“ schildert. Einigen gewährte die Mitwirkung an der Afrika-Schau der National-

sozialisten und an pro-kolonialen Propagandafilmen zeitweise einen gewissen Schutz vor Verfolgung: „Wir waren die Mohren, die man da brauchte.

Das 1986 erschienene Buch „Farbe bekennen“, herausgegeben von May Ayim, Katharina Oguntoye und Dagmar Schultz, ist bis heute richtungsweisend

Für uns war das eine Existenzfrage“[3] , resümierte Theodor Michael.[4]
Doch Schwarze Menschen waren in Deutschland ebenfalls von den Nürnberger Gesetzen und damit von Zwangssterilisation, Zwangsarbeit, Internierung in KZs und Ermordung betroffen.

Geschichtsaufarbeitung in neuerer Zeit

Zu einer formellen Selbstorganisation kam es in Deutschland erst wieder in den 1980er-Jahren. Dabei wurde die Geschichte der Schwarzen Selbstorganisation der 1920er- und 1930er-Jahre zu einem wichtigen Referenzpunkt, um die Präsenz Schwarzer Menschen in kollektiven Erinnerungsräumen sichtbar zu machen und in verschiedene gesellschaftliche Diskurse einzuschreiben. Die ersten, die die Familiengeschichten Schwarzer Deutscher seit der Kolonialzeit aufgearbeitet und die Generation der Schwarzen NS-Überlebenden befragt haben, waren die Frauen der afro-deutschen Frauenbewegung. Das 1986 erschienene Buch „Farbe bekennen“ von May Ayim, Katharina Oguntoye, Dagmar Schultz (Hg.) ist bis heute richtungsweisend. Mit ihrer 1997 veröffentlichten Magisterarbeit „Eine afro-deutsche Geschichte: Zur Lebenssituation von Afrikanern und Afro-Deutschen in Deutschland von 1884 bis 1950“ legte Katharina Oguntoye eine detailreiche, quellenbasierte Studie vor und leistete Pionierarbeit für weitergehende Forschung, die erst langsam Eingang in deutschen Universitäten findet. Es folgten weitere wichtige Publikationen und Projekte zur Aufarbeitung Schwarzer Deutscher Geschichte, vor allem im außeruniversitären Bereich. Eines der wichtigsten Projekte war die biographische Ausstellung „Homestory Deutschland – Schwarze Biographien in Geschichte und Gegenwart“ der ISD. Doch es braucht mehr Forschung und Lehre zu Schwarzer Deutscher Geschichte in unseren wissenschaftlichen Institutionen. Wie sonst sollen Lehrer*innen diesen Teil der deutschen Geschichte an Schulen vermitteln oder ihn Journalist*innen in ihre Berichterstattung mit einbeziehen, wenn sie während ihres Studiums nichts darüber gelernt haben?

Der öffentliche Raum bietet ein großes Potenzial, um am vorherrschenden Geschichtsbewusstsein zu rütteln und Denkanstöße für Dekolonisierungsprozesse zu geben. Für eine andere Erinnerungskultur, die elementar ist, um koloniale Kontinuitäten in unserer Gesellschaft zu überwinden, braucht es aber eine kritische Aufarbeitung der Kolonialgeschichte in allen gesellschaftlichen Bereichen (Bildung, Politik, Wirtschaft, Kultur). Denn Dekolonisierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

[3] John A. Kantara: Schwarz sein und deutsch dazu, In:Zeit Online, 23. April 1998, https://www.zeit.de/1998/18/schwarz.txt.19980423.xml/

[4] Bis 1942 entstanden im Auftrag des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda etwa 100 Kolonialfilme, die die deutsche Kolonialzeit glorifizierten – eine Zeit, an die die Nationalsozialisten wieder anknüpfen wollten. Nachdem sich Hitler 1936 erstmals im Reichstag für die Rückgewinnung der deutschen Kolonialgebiete auf dem afrikanischen Kontinent ausgesprochen hatte, entstanden konkrete Pläne, die noch weitere Gebiete einschlossen und erst 1941, nach größeren militärischen Verlusten, fallengelassen wurden.

„Aufarbeitung muss mit uns Betroffenen gemeinsam geschehen“

Interview mit dem Bildungsreferenten und Herero-Aktivisten Israel Kaunatjike, der seit fast 50 Jahren in Berlin lebt und sich für die Anerkennung des Völkermords an den OvaHerero und Nama einsetzt.

Was bedeutet Dekolonisierung für Dich?

Dekolonisierung bedeutet für mich, dass wir uns kontinuierlich mit der kolonialen Vergangenheit auseinandersetzen müssen. Die Umbenennung von Straßen ist zum Beispiel ein wichtiger Teil von Dekolonisierung. Ebenso die Aufarbeitung kolonialer Verbrechen und die Beschäftigung mit dieser kolonialen Vergangenheit. Das ist für mich sehr wichtig.

Wieso kämpfst Du für die Umbenennung von Straßen?

Weil ich finde, dass diese Verbrecher es nicht verdient haben, dass Straßen nach ihnen benannt werden! Das sind Menschen, die für andere Menschen nichts Gutes getan haben. Nehmen wir zum Beispiel Lothar von Trotha mit seinem Vernichtungsfeldzug. Das war ein Verbrecher, der hätte vor Gericht gehört. Dass die Namen kolonialer Verbrecher in Deutschland immer noch so präsent sind, das ist eine Missachtung der Menschenrechte und der Menschenwürde. Als die Unantastbarkeit der Menschenwürde ins Grundgesetz geschrieben wurde, haben sie an uns jedenfalls nicht gedacht. Wir waren überhaupt nicht da, wir haben nicht existiert für die Politikerinnen und Politiker.
Stattdessen werden solche Menschen auch noch mit Denkmälern und in Straßennamen geehrt. Wir haben heute hier auch keine Straßen, die nach Adolf Eichmann oder Adolf Hitler benannt sind. Warum stehen dann die Namen von Verbrechern in Afrika da? Warum nicht die Namen von Verbrechern in Europa? Das heißt, sie nehmen uns Afrikaner nicht richtig ernst. Das ist das Problem, das wir hier in Europa haben. Es ist immer noch existent.

Was bedeutet es für Dich, dass Straßen nach Kolonialverbrechern benannt sind? Was löst das in Dir aus?

In mir löst das Wut aus. Ich bin einfach zornig darüber, dass man uns bis heute nicht ernst nimmt. Das ist für mich rassistisch. Es ist ein rassistischer Akt, dass man uns Afrikaner nicht respektiert. Es geht darum, was damals mit unseren Vorfahren geschehen ist. Wenn ich so etwas sehe wie die Lüderitzstraße, dann bin ich einfach nur wütend und frage mich, was das soll. Wir sind die Nachfahren, wir leben hier und müs-

sen das überall sehen. Menschen aus aller Welt, die in Berlin sind, sehen das. Manchmal habe ich keine Worte mehr und bin einfach nur wütend.

Wie wünscht Du dir, dass an die Kolonialzeit erinnert wird?

Ich wünsche mir, dass schon in den Schulen angefangen wird, die Kinder und dann später die Studenten aufzuklären. Und dass die Aufarbeitung mit uns, den Betroffenen, gemeinsam geschieht. Wir müssen einfach einbezogen werden in diesen Prozess. Wir und unsere Vorfahren sind die, die diskriminiert wurden. Nicht die *weißen* Lehrer, die dann Rassismus erklären. Sie sind nie diskriminiert worden, die wissen gar nicht was Rassismus ist. Mein Wunsch ist, dass es in Deutschland mehr Schwarze Lehrkräfte gibt. Und dass mehr Schwarze in die Schulen gehen. Es ist nicht wie in den USA oder England, das sieht hier etwas anders aus. Nach so vielen Jahren gibt es noch immer kaum Schwarze Lehrer. Und da läuft etwas falsch in Deutschland. Aufklärung über Rassismus und die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte muss mit uns geschehen. Dann kommen wir vielleicht ein bißchen weiter. Ich habe selbst Erfahrungen gemacht als Zeitzeuge in Schulen. Die Kinder nehmen das ganz anders auf, wenn jemand wie ich mit ihnen solche Themen behandelt. Das ist es, was hier fehlt.

In Deutschland wird das ganze Kolonialthema unter den Tisch gekehrt. Es ist ein Problem, dass man die Sache nicht ehrlich angeht. Es wird viel diskutiert und dann immer wieder von einer Ecke in die andere geschoben, und zum Schluss gibt es kein Ergebnis.

Foto: ©Tahir Della

ISRAEL KAUNATJIKE
HERERO-AKTIVIST

Protest- und Solidaritätsmarsch von OvaHerero- und Namadelegierten Foto: ©Tahir Della

Internationale Zusammenarbeit

In diesem Teil geht es um die internationale Zusammenarbeit der Kommunen, des Landes Berlin und der Bundesrepublik Deutschland. Um Dekolonisierungsprozesse in diesem Bereich anzustoßen, müssen grundsätzlich zunächst die internationalen Hierarchien und Abhängigkeiten auf politischer und wirtschaftlicher Ebene aufgebrochen werden.

Konkret heißt dies, dass die Bedeutung und Wertschätzung von migrantischen und afrikanischen Akteur*innen gerade im Bezug auf internationale Beziehungen steigen muss, zum Beispiel durch die vorrangige Förderung von diasporischen und Schwarzen Akteur*innen.

Sowohl auf Landes- als auch Bezirksebene sollte der Fokus auf die dekoloniale Ausgestaltung von Städtepartnerschaften sowie eine gerecht öffentliche Beschaffung gelegt werden.

Als Fairtrade-Stadt legt Berlin bereits einen Fokus auf eine gerecht gehandelte Einkaufspraxis. Die Notwendigkeit dafür wird im Beitrag „Im alten Geflecht der Apartheid: Neue politische Situation - alte koloniale Beziehungen“ deutlich. Hier zeigt Sacks Stuurman die engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Unternehmen und Think-Tanks der BRD mit dem Apartheidregime Südafrikas auf – und somit die Unterstützung des rassistischen Systems.

Der zweite Beitrag von Rosa López und Alexander Kohrs diskutiert die Rolle von Städtepartnerschaften und zeigt, welche strukturellen Hindernisse einer gleichberechtigten Partnerschaft im Wege stehen.

Forderungen & Maßnahmen: Internationale Zusammenarbeit

- **Zwischenstaatliche/internationale Hierarchien und Abhängigkeiten auf politischer & wirtschaftlicher Ebene aufbrechen**
- **Migrantische und afrikanische Akteur*innen vorrangig fördern**
- **Städtepartnerschaften dekolonisieren**

1. Dekolonisierungsprozesse in allen Städtepartnerschaften thematisieren. Windhoek-Berlin als prioritäre Städtepartnerschaft ausbauen und auf geteilte Kolonialgeschichte fokussieren. Weitere Partnerschaften mit Städten aus ehemaligen deutschen Kolonien auf Bezirks- & Landesebene initiieren

2. Förderrichtlinien anpassen und Vollfinanzierung für migrantische und afrodiasporische Akteur*innen ermöglichen

3. Nachhaltige Vergabepraxis für alle Senats- und Bezirksverwaltungen verpflichtend einführen

4. Neokoloniale Strukturen gegen den Globalen Süden auf allen politischen Ebenen aufbrechen, z.B. Einführung Lieferkettengesetz mit Unterstützung des Landes Berlin

Im alten Geflecht der Apartheid: Neue politische Situation – alte koloniale Beziehungen

TEXT: SACKS STUURMAN

Südafrika und Deutschland teilen eine über 100 Jahre alte Geschichte, geprägt von den Entscheidungen der Berliner Afrika-Konferenz von 1884/85. Prof. Adekeye Adebayo nannte diese Konferenz „The Curse of Berlin."[1] Dazu sagte er: „Berlin represented an avaricious banquet at which gluttonous, corpulent European imperialists feasted on territories that clearly did not belong to them. They sought in the process to cloak the fraudulent scheme under patronizing and paternalistic moral principles of a ‚Mission civilisatrice' (civilizing mission) that Africa's 'noble savages' had never agreed to. Berlin and its aftermath were akin to robbers forcibly breaking into a house and sharing out its possessions while the owners of the house — who had been tied up with thick ropes — were wide awake, but were powerless to prevent the burglary." (Adebajo 2010: 16).[2]

Das Geflecht aus politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu Deutschland zieht sich wie eine Blutspur durch alle Facetten der Entwicklung Südafrikas. Zudem wurde Namibia, ehemals Deutsch-Südwestafrika, während des 1. Weltkriegs von der Südafrikanischen Union besetzt und gelangte bis zu seiner Unabhängigkeit 1990 unter Kontrolle des südafrikanischen Staates und somit des Apartheidregimes.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ergriff zu keiner Zeit Partei für die unterdrückte Schwarze Mehrheit in Südafrika oder Namibia

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ergriff zu keiner Zeit Partei für die unterdrückte Schwarze Mehrheit in Südafrika oder Namibia. Von Anfang an ging es um wirtschaftliche Ausbeutung, und das bis heute – zuerst in Zusammenarbeit mit der Kolonialmacht Großbritannien, später in enger Beziehung mit der Apartheidregierung. So verlegte Siemens 1892 die erste Telegrafenverbindung in Südafrika, und 1949 wurde als eine der ersten die Deutsch-Südafrikanische Handelskammer gegründet.[3]

Strategisch gesehen war und ist Südafrika ein wichtiger geografischer Stützpunkt für die Euro-Nordamerikanische Achse der Weltordnung. Diese Achse diente der Sicherung von Rohstoffen und der Verhinderung der Ausbreitung des Kommunismus während des Kalten

[1] Adekeye Adebayo 2010: The Curse of Berlin: Africa after the Cold War. Scottsville: University of KwaZulu-Natal Press.
[2] Ebd. 10
[3] Morgenrath, B; Wellmer, G (2003): Deutsches Kapital am Kap. Kollaboration mit dem Apartheidregime. S.23

Krieges. Dafür setzten sich die Vertreter*innen dieser Allianz in der Unterstützung des Unrechtsregimes in Südafrika über die Werte und Vorstellungen der westlichen Demokratie hinweg. Der SPD-Politiker Günter Verheugen dazu: „Mit Rassismus kann man gute Geschäfte machen", und „das wirtschaftliche Engagement des Westens in Südafrika war nicht nur Ausdruck des Vertrauens auf die Fähigkeit des *weißen* Regimes, die so profitablen Rahmenbedingungen der Apartheidwirtschaft erhalten zu können, sondern auch ein Zeichen der Übereinstimmung, der Zustimmung." [4]

„Mit Rassismus kann man gute Geschäfte machen"

Um das zu verstehen, müssen wir uns die Ausnahmerolle der BRD zur Zeit der Apartheid vor Augen halten, denn die Bundesrepublik entwickelte sich zu einem überaus wichtigen Handelspartner des Regimes: „Deutsche Firmen lieferten (...) Investitionsgüter und Fertigprodukte auf hohem technologischen Stand, die Südafrika dringend für die industrielle Expansion brauchte."[5] Trotz des UN-Waffenembargos war die BRD ein wichtiger Partner für den Bau von nuklearen Waffen. Im Oktober 1975 veröffentlichte die Anti-Apartheid-Bewegung in Deutschland eine Dokumentation des African National Congress (ANC), die die jahrelange enge wissenschaftliche, wirtschaftliche und militärische Verknüpfung zwischen der Bundesrepublik und Südafrika auf dem Gebiet der Atomtechnik belegen.[6]

Nach einem über 30 Jahre andauernden Befreiungskampf und zuletzt steigendem internationalen politischen Druck konnte sich das Apartheidregime nicht mehr halten. Durch das Ende des Kalten Krieges mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sah sich die südafrikanische Regierung gezwungen auf Verhandlungen einzugehen – auf der anderen Seite stand der ANC. Zur selben Zeit (1990) konnte Namibia die illegitime Besetzung durch Südafrika beenden und wurde unabhängig; in Südafrika wurden politische Oppositionsparteien legalisiert und die politische Führung des ANC aus der Haft entlassen. 1994 kam eine neue demokratische politische Ordnung in Südafrika zustande.

Die neu gewählte Regierung wurde jedoch international skeptisch gesehen. Im Zuge der Verhandlungen über das Ende des Apartheidregimes mit der Aussicht auf freie Wahlen und eine Schwarze Regierung hatte die Euro-Nordamerikanische Macht Südafrika dazu gezwungen, ihr nukleares Waffenarsenal abzubauen.

Die BRD war auf dem Gebiet der Atomtechnik jahrelang eng mit Südafrika verknüpft

Hier zeigte sich die Doppelmoral der Euro-Nordamerikanischen Macht. Auf der einen Seite wurde das undemokratische Apartheidregime mit Atomwaffen ausgestattet. Auf der anderen Seite durfte eine demokratisch gewählte Schwarze Regierung keine Nuklearwaffen besitzen.

Die große Herausforderung der neu gewählten Regierung war der Umgang mit der brutalen Vergangenheit. Im Herbst 1995 wurde eine Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC – Truth and Reconciliation Commission) ins Leben gerufen. Betroffene der Gewalt konnten ihre Geschichte vortragen und Täter*innen konnten, „wenn sie ihre Taten vollständig schilderten und wenn es sich um politisch motivierte und nicht

[4] Verheugen, Günter (1986): Südafrika und die deutschen Interesse am Kap. S.16
[5] Morgenrath, B; Wellmer, G., S.30
[6] Ebd. S.42

bloß um kriminelle Akte handelte“[7] , Amnestie beantragen.

Eine der Forderungen der TRC war die Forderung nach Zahlung von Reparationen durch jene Firmen, die von der Apartheid profitiert hatten, an die von Gewalt Betroffenen. Nach dem Abschlussbericht der TRC hatte sich die Khulumani Support Group, ein Zusammenschluss von lokalen Gruppen und Individuen, die Aufgabe gestellt, sich für die Umsetzung dieser Forderung einzusetzen.

Deutschland wurden die vom NS-Regime verursachten Auslandsschulden gestrichen, Südafrika die Apartheidschulden aber nicht

Sie forderte, „dass die Banken und Konzerne sich zu dem von ihnen begangenen Unrecht bekennen. Außerdem verlangt die Gruppe individuelle Entschädigungen für die 91 Klägerinnen und Kläger, für alle Khulumani-Mitglieder sowie kollektive Reparationen für besonders betroffene Gemeinschaften in Dörfern und Stadtteilen und für spezielle gesellschaftliche Gruppen.“

Weiterhin setzten sie sich ab 2002 für den Erlass der durch das Apartheidregime bei internationalen Banken angehäuften Schulden ein.

Doch während im Jahr 1953 im Londoner Schuldenabkommen die vom NS-Regime verursachten deutschen Auslandsschulden von den Gläubigern gestrichen wurden, stießen die Forderungen nach Streichung der Apartheidschulden auf taube Ohren. Auch fehlte die Bereitschaft für eine ehrliche Auseinandersetzung mit der stabilisierenden und unterstützenden Rolle, die die BRD für das Apartheidregime gespielt hat. So sagte Tyll Necker, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, dass die deutsche Industrie sich „über viele Jahre hinweg aktiv für friedliche Veränderung durch Kooperation eingesetzt [habe].“ In einer Stellungnahme dazu sagte die Commerzbank, sie habe sich „lediglich in der Export- und Importfinanzierung engagiert,“ und die Deutsche Bank führte an, sie habe sich „an deutsches Recht und Gesetz gehalten.“

Selbst die 1999 neu gewählte Regierung Südafrikas unter Thabo Mbeki fügte sich dem internationalen Druck und stellte sich gegen die Khulumani-Gruppe, weil sie wirtschaftliche Konsequenzen befürchtete. Die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft konnten ungehindert ihre Politik der Rohstoffausbeutung fortsetzen und sich dabei weiter auf die Euro-Nordamerikanische Machtkonstellation stützen.

Zuletzt hat die Khulumani Support Group auch den in den USA angestrengten Prozess um Reparationen verloren. Aber der Kampf geht weiter.

Friedensdemo am 10. Oktober 1981 in Bonn
Foto: ©Ingeborg Wick, Standort: afas Bildnr.: 1898g

[7] Ebd. S. 129

Von der Soli-Arbeit über die Institution der Städtepartnerschaft zum Prozess der Dekolonisierung

TEXT: ROSA LÓPEZ UND ALEXANDER KOHRS,
VZF STÄDTEPARTNERSCHAFT KREUZBERG – SAN RAFAEL DEL SUR E.V

Am 19. Juli 1979 siegte in Nicaragua die sandinistische Revolution. Der erfolgreiche Volksaufstand unter der Führung der FSLN (Sandinistische Nationale Befreiungsfront) bereitete der von den USA unterstützten, blutigen Somoza-Diktatur ein Ende.

In Berlin-Kreuzberg gab es zur gleichen Zeit zahlreiche Menschen, die mit Interesse und Sympathie die Entwicklungen in Nicaragua verfolgten. Vertreter*innen von Jugendverbänden, Gewerkschaften und engagierte Einzelpersonen schlossen sich Anfang der 1980er-Jahre zusammen, um den emanzipatorischen Prozess in Nicaragua zu unterstützen. 1984 gründete sich dann der Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Kreuzberg – San Rafael del Sur (StäPa) und initiierte erfolgreich eine offizielle Städtepartnerschaft. Der Verein setzte sich zunächst dafür ein, der damals vorherrschenden, antikommunistisch geprägten Berichterstattung in den deutschen Medien etwas entgegenzusetzen. Ziel war es, die Berliner*innen über die politische, wirtschaftliche sowie militärische Lage in Nicaragua während des von den USA finanzierten Contra-Krieges zu informieren. Außerdem wurden erste Arbeitsbrigaden organisiert und verschiedenste kleine Wiederaufbauprojekte in San Rafael del Sur durchgeführt. Finanziert wurde dies alles durch private Kleinspenden.

Obwohl während der Gründungszeit der StäPa das Thema „Kolonialismus“ nicht explizit im Vordergrund stand, wurde die Solidaritätsarbeit von der tiefen Überzeugung geleitet, dass die nicaraguanische Bevölkerung ein Recht auf Selbstbestimmung habe. Nachdem die Epoche des spanischen Kolonialismus in Nicaragua nahtlos in eine US-dominierte imperialistische Phase übergegangen war, konnten die Unterstützung der sandinistischen Revolution und die Verurteilung des darauffolgenden Contra-Krieges als antikoloniales Moment verstanden werden.

1984 gründete sich der Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Kreuzberg – San Rafael del Sur (StäPa).

In den 1990er-Jahren ging der Verein dazu über, seine Projekte auch mit staatlich geförderten Programmen zu finanzieren. Damit ging ein Prozess der Institutionalisierung der Städtepartnerschaft einher. Dies bot einerseits neue Möglichkeiten, wie zum Beispiel die Umsetzung größerer Projekte zum Wiederaufbau und zur Verbesserung der Lebensumstände in San Rafael del Sur oder die regelmäßige Durchführung von Austauschprojekten, in denen junge

Menschen aus San Rafael del Sur auch nach Berlin kommen konnten. Gleichzeitig begab sich der Verein damit jedoch auch in die Strukturen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ), welche von einer klaren Kontinuität des Kolonialismus geprägt ist. Als Folge des deutlich erhöhten Einsatzes finanzieller Mittel verstärkte sich das Machtungleichgewicht zwischen den nicaraguanischen und deutschen Partnern.

Bis heute ist die Überzeugung geblieben, dass es wichtig ist eine Partnerschaft zwischen Kommunen auszubauen, an deren Gestaltung sich beide Seiten aktiv beteiligen. Besonders wichtig dafür war die Gründung von CEDRU (Zentrum für ländliche Entwicklung), einer unabhängigen Nichtregierungsorganisation in San Rafael del Sur. Mit CEDRU bekamen wir im Jahr 1996 einen Partner vor Ort, mit dem wir zusammen Ideen entwickeln und Projekte erfolgreich durchführen konnten. Nicht nur für unsere Projektarbeit, sondern auch für die lokale Bevölkerung ist CEDRU mittlerweile zu einem zentralen Ansprechpartner geworden. Aufgrund seiner starken Basisverankerung hat CEDRU zunehmend die Funktion der Interessenvertretung der Bevölkerung gegenüber der Gemeindeverwaltung übernommen.

Mit CEDRU gibt es seit 1996 einen Partner vor Ort, mit dem wir zusammen Ideen entwickeln und Projekte erfolgreich durchführen können

Beim Versuch einer selbstkritischen Beurteilung unserer kommunalen internationalen Zusammenarbeit im Kontext von Dekolonisierung müssen wir feststellen, dass es schwer ist in der Praxis unserem Selbstbild einer solidarischen und gleichberechtigten Städtepartnerschaft stets gerecht zu werden. Dies liegt zum einen daran, dass unsere Ressourcen als ehrenamtlicher Verein begrenzt sind. Zum anderen ist es faktisch nicht möglich, eine dekoloniale Zusammenarbeit in den kolonial geprägten Strukturen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu gestalten.

Wir machen unseren Partnern die Förderlogiken der Entwicklungszusammenarbeit transparent und stehen gegenüber den EZ-Institutionen für ihre Interessen ein

Ein Ergebnis unserer Einbindung in diese Strukturen ist, dass Kompromisse zwischen den ursprünglichen Projektideen, die auf den Bedürfnissen der Zivilgesellschaft vor Ort basieren, und den nach EZ-Logik förderfähigen Projekten gefunden werden müssen. Oft haben wir dabei das Gefühl, die Ideen der Partnergemeinde in zu starre Strukturen zwängen zu müssen und dabei nie allen Bedürfnissen gerecht werden zu können. Daher ist ein unverzichtbarer Teil unserer Partnerschaftsarbeit, die Förderlogiken unseren Partnern transparent zu machen und gegenüber den EZ-Institutionen für ihre Interessen einzustehen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Einbindung der hier lebenden Nicaraguaner*innen in unsere Arbeit in Berlin. In den letzten zwei Jahren sind wir vermehrt Kooperationen mit nicaraguanisch-diasporischen Gruppen eingegangen. Wir sehen es als große Bereicherung an, dass durch diese Zusammenarbeit Nicaraguaner*innen dem aktiven Mitgliederkreis beigetreten sind. Diese Perspektiven mit einzubinden muss zentraler Bestandteil im Streben nach einer dekolonialen Städtepartnerschaft sein. Darüber hinaus ist es unser Ziel, der nicaraguanischen Community einen Raum zu bieten, in dem

sie selbstbestimmt ihre Anliegen in der Berliner Öffentlichkeit sichtbar machen kann. Dies ist umso wichtiger vor dem Hintergrund einer neuerlich diktatorisch agierenden Regierung sowie zunehmend repressiver Gewalt gegenüber politischen Protesten.

Da im Rahmen einer dekolonialen Partnerschaft zwischen Städten Transformationen auf beiden Seiten angestrebt werden sollten, beschlossen wir vor rund zwei Jahren, uns neben unseren Auslandsprojekten auch der Inlandsarbeit zu widmen. Deshalb bereiten wir aktuell ein Projekt vor, welches sich mit kolonialen Kontinuitäten auf der strukturellen Ebene zwischen Berlin und Lateinamerika auseinandersetzt. Der Fokus hierbei liegt auf den Wirtschaftsbeziehungen, welche seit dem 16. Jahrhundert während des Kolonialismus aufgebaut wurden und bis heute in der gleichen Tradition, nur mit neuem Anstrich, weitergeführt werden.

All diese verschiedenen Ansätze sind Versuche, im Prozess der Dekolonisierung der eigenen Strukturen voranzukommen. Doch es ist uns bewusst, dass wir erst am Anfang eines Lernprozesses stehen.

Kolonialismus als Unrechtssystem

Ein Gespräch mit Dr. Patrice Poutrus, Zeithistoriker und Migrationsforscher. Derzeit forscht er an der Universität Erfurt zu dem Themenfeld "Diktaturerfahrung und Transformation"

Deutschland war schon vor seinem offiziellen Status als Kolonialmacht aktiv am Versklavungshandel beteiligt und hatte „Besitzungen" außerhalb seines Staatsgebietes, und trotzdem wird die deutsche Kolonialgeschichte oft auf die 35-jährige, direkte Kolonialherrschaft des Deutschen Reiches von 1885 bis 1919 reduziert. Was sind die Gründe hierfür, und welche Folgen hat das für die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte?

Ein Grund ist sicher, dass es vor der gewaltsam erzwungenen, nationalen Einheit der deutschen Staaten im Jahr 1871 kein Völkerrechtssubjekt mit dem Namen Deutschland gab, welches für die Beteiligung an kolonialen Massenverbrechen verantwortlich gemacht werden konnte. Dennoch ist es wichtig darauf aufmerksam zu machen, dass die Geschichte der Beteiligung an kolonialen Unternehmungen durch Personen, Firmen und Fürstenhäuser aus den deutschen Staaten vor besagter Reichseinigung begann. Eine Engführung der Geschichte des deutschen Kolonialismus auf den Besitz eigener Kolonien reproduziert direkt oder indirekt jene Verlust- und Opfererzählung aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Sie trug wesentlich dazu bei, dass im Namen deutscher Interessen zu Zeiten des Kolonialismus verübte Menschheitsverbrechen verleugnet wurden. Es wird so aber auch ignoriert, dass nicht nur jene vom Kolonialismus profitierten, die dieses Ausbeutungssystem initiiert hatten und praktizierten. Die Wirkungen des Kolonialismus auf die deutsche Gesellschaft waren nicht auf Besitz und Ausbeutung eigener Kolonien beschränkt. Das zeigt die Virulenz von eurozentrischen und rassistischen Stereotypen im Umgang mit diesem Teil deutscher Geschichte immer wieder.

Im aktuellen Koalitionsvertrag steht zum ersten Mal, dass zum demokratischen Grundkonsens die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte zählt – neben der von NS-Terrorherrschaft und SED-Diktatur. Es gibt seit langem die Forderung, Kolonialismus als Unrechtssystem anzuerkennen. Schließlich wurden damals Entrechtung und Gewaltanwendung gesetzlich verankert. Was würde eine solche Anerkennung bedeuten?

Ehrlich gesagt habe ich meine Probleme mit dem Begriff des Unrechtssystems. Ich finde diesen viel zu unpräzise und auch verharmlosend. Im Zusammenhang mit Kolonialismus käme es mir darauf an zu betonen, dass das ein System rücksichtsloser Gewaltanwendung zur Ausbeu-

tung und Unterdrückung ganzer Regionen der Welt war, in denen Bürger- und Menschenrechte nur für die Vertreter*innen der Kolonialmacht galten, aber nicht für die kolonisierten Menschen.

Das war eine institutionalisierte Form der Doppelmoral, die nur durch eine rassistische Weltanschauung gerechtfertigt werden konnte. Deshalb kann es keine aufrichtige Auseinandersetzung mit dem Erbe des Kolonialismus geben, wenn sich nicht zugleich mit den gesellschaftlichen Dimensionen des Rassismus hierzulande auseinandergesetzt wird.

Warum ist dies noch nicht geschehen? Und welche Folgen hat das?

Eine kritische Auseinandersetzung müsste sich von der positiven Bewertung von Aufstiegs-, Fortschritts- und Wohlstandserzählungen verabschieden und sich stattdessen fragen, auf wessen Kosten diese Entwicklungen gingen und welche Auswirkungen das bis in die Gegenwart hat. Diese Debatte steht erst am Anfang, und aus meiner Perspektive sind hier deutliche Gegenbewegungen auszumachen, mit denen sichergestellt werden soll, dass an den alten Erklärungsmustern festgehalten werden kann. Dies geschieht gerade auch in der Geschichtswissenschaft.

Kolonialgeschichte ist eine eng verwobene Geschichte von Kolonisierenden und Kolonisierten, die sowohl die jeweiligen Gesellschaften als auch die globalen Verhältnisse bis heute prägt. Wie wurde in Deutschland der eigenen Kolonialvergangenheit gedacht, und welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede siehst du hier in der ehemaligen DDR und der BRD?

Dies ist eine extrem wichtige Frage und schwerlich knapp zu beantworten. Ich würde sagen, es gibt zwei große Gemeinsamkeiten: Sowohl in der DDR als auch in der alten BRD wurde die Geschichte des Kolonialismus externalisiert – zum einen in die Vergangenheit, zum anderen nach Westen. Die dabei benutzten Formeln waren allerdings deutlich verschieden. Im SED-Staat wurde Kolonialismus als ein Kennzeichen des historisch überwundenen Kapitalismus angesehen. Entsprechend lag die Verantwortung dafür in der deutschen Vergangenheit oder auch in Westdeutschland. Von beiden wurde sich scharf abgegrenzt. In der Bonner Republik wurde Kolonialismus als ein abgeschlossenes Kapitel angesehen, auch wenn die BRD sich in der Nachfolge des Deutschen Reiches sah. Die Kolonien waren ja längst verloren, und ansonsten war es ein Problem der westlichen Verbündeten wie Frankreich, Großbritannien oder Belgien. Beide Formen der Selbstentlastung sind keine gute Ausgangsposition für eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte.

Foto: ©Marco Fechner

DR. PATRICE POUTRUS
ZEITHISTORIKER UND MIGRATIONSFORSCHER

Dieses Jahr wurde das 30-jährige Jubiläum des Beitritts der DDR zur BRD gefeiert. In den nächsten Jahren gedenken wir auch der Anschläge in Hoyerswerda (17.-23. September 1991), Rostock-Lichtenhagen (22.-26. August 1992), Mölln (23. November 1992) und Solingen (29. Mai 1993). In welcher Weise hat der Beitritt Schwarze Menschen und diasporische Menschen besonders betroffen?

In meinem Buch „Umkämpftes Asyl“ habe ich versucht, diese Entwicklung historisch zu erklären. Ich denke aber, meine/unsere Freundin und Schwester May Ayim hat das damals schon sehr treffend beschrieben: „Als die Mauer fiel, freuten sich viele, anderen wurde es schwindelig.“ Damals wurde die Berliner Republik auf prägnante Weise nicht nur ohne uns, sondern gegen uns gegründet, und die Folgen sind gegenwärtig in den deutschen Parlamenten im ganzen Land zu sehen.

Was muss die zentrale Zielsetzung eines Dekolonisierungsprozesses sein?

Ich bin kein Anführer oder Sprecher dieser Bewegung, aber in meinem Lehr- und Forschungsort Erfurt gibt es eine Initiative, deren Programm die folgenden Punkte umfasst: Kritik am Kolonialismus muss Bestandteil der Geschichte werden; historische Gerechtigkeit bedeutet Restitution von Raubgut aus der Kolonialzeit; symbolischer wie auch alltäglicher Rassismus müssen offensiv thematisiert und bekämpft werden; Orte, durch die Kolonialismus und Rassismus verharmlost oder sogar rechtfertigt werden, müssen umgestaltet werden; Opfern von kolonialistischer und rassistischer Gewalt, wie auch Vorkämpfer*innen des Anti-Kolonialismus und Anti-Rassismus müssen Würdigung und Ehrung erfahren.

Wenn wir das hinbekämen, würden wir in einem anderen Land leben.

Ausblick auf das Projektjahr 2021

Das erste Projektjahr der Koordinierungsstelle stand ganz im Zeichen des Partizipationsprozesses: Über 250 Menschen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft kamen zusammen, um die Debatte um Dekolonisierungsprozesse zu vertiefen und gemeinsam erste Maßnahmen für ein gesamtstädtisches Konzept zur Aufarbeitung von Berlins kolonialer Vergangenheit auszuformulieren. Dabei herrschte große Einigkeit, dass „Dekolonisierung" als Querschnittsthema keinen Bereich unberührt lassen kann. Daher muss ein Aufarbeitungskonzept alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen, um koloniale Wirkmechanismen aufzubrechen und rassistische Diskriminierung zu bekämpfen.

Die Beiträge in diesem Zwischenbericht verdeutlichen, dass lokale wie globale Dekolonisierungsprozesse sich kritisch mit gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen, ihren Interdependenzen und deren Auswirkungen auf Teilhabe, Wissensproduktion und *weiß*-dominierte „Kollektivgedächtnisse" auseinandersetzen müssen. Das heißt für Berlin:

- **Kritische Infragestellung von Institutionen, ganz besonders in Bezug auf institutionelle und strukturelle Diskriminierung (z.B. hinsichtlich Teilhabe)**
- **In Berliner Institutionen und Gremien müssen deutlich mehr gesellschaftliche Gruppen repräsentiert und Diversitätskompetenzen vorhanden sein (Diversifizierung)**
- **Die heterogenen Stimmen und Perspektiven aus Schwarzen und migrantisch-diasporischen Communities sind unabdingbar, und die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte kann nur unter Einbezug dieser Perspektiven gelingen**

Für das Jahr 2021 plant die Koordinierungsstelle verschiedene Austausch- und Veranstaltungsformate, um die Erstellung eines gesamtstädtischen Konzepts zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Berlins weiterzuverfolgen. Zur inhaltlichen Vertiefung werden Betroffene, Vertreter*innen aus der Zivilgesellschaft, Verwaltungsmitarbeitende und Politiker*innen eingeladen sich zu beteiligen und ihre Perspektiven einzubringen. Dabei ist es unser Ziel, den intersektionalen Blick zu schärfen und konkrete Handlungsoptionen aufzuzeigen und Maßnahmen auf Bezirks- und Landesebene zu erarbeiten. Gleichzeitig wollen wir weiterhin die Diversität der Stimmen aus den verschiedenen Communities hervorheben und bei den Maßnahmen einfließen zu lassen. In diesen Prozess werden auch die Ergebnisse der im Rahmen des Projekts in Auftrag gegebenen wissenschaftlicher Gutachten eingehen, wie zum Beispiel einer systematischen Bestandsaufnahme der Forschungsliteratur zu kolonialen Verwicklungen von Institutionen und Akteur*innen der Berliner Hochschul- und Wissenschaftslandschaft.Den Abschlussbericht legt die Koordinierungsstelle im letzten Quartal des Jahres 2021 vor.

Foto: ©Oliver Seifert

Foto: ©Adel Oworu

Foto: ©Oliver Seifert

Foto: ©Roy Wichert

Foto: ©Tahir Della

Foto: ©Thabo Thindi

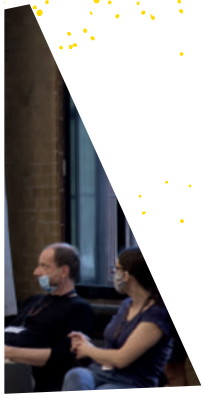

Foto: ©Yusuf Beyadt

Foto: ©Tahir Della

Foto: ©Thabo Thindi

Impressum

Herausgeber:

Decolonize Berlin e.V.,

Koordinierungsstelle für ein gesamtstädtisches Konzept

zur Aufarbeitung Berlins kolonialer Vergangenheit

Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin

www.decolonize-berlin.de

info@decolonize-berlin.de

Redaktion: Adel Oworu, Anab Awale, Merel Fuchs und Susann Kaiser

Copyright: bei der Redaktion und den Autor*innen

Gestaltung: Studio Offtype Berlin

Herstellung: Oktoberdruck GmbH, Berlin

Diese Broschüre wurde gefördert durch die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit.

Für die Inhalte der Publikation ist allein die bezuschusste Institution verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wieder.

Wir bedanken uns für die Unterstützung.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit

be Berlin